

Bezugspreis
monatlich M.
in der Geschäftsstelle 17500.—
in den Ausgabestellen 18000.—
durch Zeitungsverkäufer 18500.—
am Postamt 17500.—
Postgebühren besonders
ins Ausland 22500 poln. M. in
deutscher Währung nach Kurs.

Fernsprecher:
2273, 3110.

Verl.-Abz.: Tageblatt Posen.

Postkontonummer für Polen: Nr. 200283 in Posen.

Postkontonummer für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezahler keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Posener Tageblatt

(Posener Warte)

Er scheint
an allen Werktagen.

Anzeigenpreis:

f. d. Millimeterzeile im

Anzeigenteil innerhalb

Polens... 600.— M.

Restamteile 2500.— M.

Für Aufträge (Millimeterzeile im Anzeigenteil 600.— p. M.
aus Deutschland) in deutscher Währung nach Kurs.

Der Welt gehen die Augen auf.

Wenn man jetzt die ausländische Presse durchsieht, bemerkt man die große Bedeutung, welche die letzte öffentliche Stellungnahme des Papstes zur Ruhrfrage — trotz seiner diplomatischen Mäßigung und betonten Unparteilichkeit für die moralische Isolierung Frankreichs in der Welt hat. „Die französische Intransigenz“, so schreibt die italienische „Stampa“, „Die Verschärfung der Ruhrfrage“, die so beträchtlich auf die anderen Nationen und im besonderen auf Italien zurückwirkt — der Kursstand der Bourse beweist es — alles hat die antifranzösische Strömung gefördert, die jetzt auch in Rom bemerkbar ist. „Gleichzeitig betont die römische „Epoca“ mit scharfer Kritik, die Regierung Poincaré habe in letzter Zeit ganz offen ihre imperialistischen Ziele erkennen lassen, indem sie eine gewaltige Luftflotte und zahlreiche Unterseeboote baute, ein Heer von mehr als einer Million aufstellte, die Heere Polens der Tschechoslowakei und Jugoslawiens organisierte, ihre Flottenstützpunkte im mittelländischen und tyrrhenischen Meere befestigte und durch die eigene Politik der Politik Englands in der Türkei und in Japan entgegenarbeitete. Jetzt beginnt man aber wie überall auch in Italien die Augen aufzumachen vor den Bedrohungen, welche die französische Politik auch für uns enthält. Denn die Franzosen müssen ihre imperialistischen Pläne nicht nur gegen die waffenlosen Deutschen, sondern auch gegen England und Italien verteidigen, und so wird die französische Politik ganz von selbst immer mehr antienglisch und antiitalienisch. Die Franzosen glauben aber, das durch Jugoslawien bedrohte Italien und das in Afrika und Asien sich nicht mehr sicher führende England werden keine Möglichkeit mehr haben, der Hegemonie Frankreichs in Europa entgegenzutreten.“

Der Welt gehen also endlich die Augen auf. Und was sie da mit einem Mal sehen muß, gefällt ihr meist ganz und gar nicht. Hoffen wir, daß nun diesmal wenigstens von der Erkenntnis zur tatkräftigen Besserung kein allzu weiter Weg mehr ist, sonst müßte das alte Europa in fataler, unabwehrbarer Folge der Zerstörung Deutschlands durch französische Verblendung doch noch an einem verhängnisvollen „Zuspat“ zu Grunde gehen.

Bedeutend ist es auch, daß überall nun doch schon politische und geistige Waffen bereitgestellt werden, um damit die als schwere Gefahr für die allgemeinen europäischen Interessen erkannte französische Gewaltpolitik zu bekämpfen. So hat z. B. der Londoner „Daily Telegraph“ bereits vor mehreren Wochen sehr nachdrücklich auf ein historisches Dokument hingewiesen, durch welches der französische Naheinschlag in das Ruhrgebiet durch die Völkerrechtsgelehrten und amtlichen Politiker der Alliierten selbst schwer präjudiziert und verurteilt wird. Bisher hatten eben die ehemaligen Verbündeten vor dem eigenmächtigen egoistischen Vorgehen Frankreichs immer beide Augen zugemacht, und es wird die weltgeschichtliche schwere Schuld besonders Lloyd Georges bleiben, daß er zwar die Unhaltbarkeit des französischen Standpunktes theoretisch sehr oft eingesehen, aber niemals als leitender Staatsmann des britischen Reiches etwas Ernstliches unternommen hat, um die eigene Auffassung zur Geltung zu bringen. So hat die englische Regierung es bisher auch unterlassen, eine authentische Interpretation — etwa auch nur durch den „Börsenbund“ von Artikel 18 des zweiten Anhangs des Versailler Vertrages vornehmen zu lassen, aus dem in erster Linie Frankreich seinen Rechtsanspruch auf sein Sonderverhalten in Ruhrgebiet herleitet. England hat bekanntlich diese Rechtsauslegung niemals anerkannt, sich aber aus „politischer“ Rücksichtnahme (Frankreich ist eben zu mächtig geworden) auf eine „wohlwollende Neutralität“ beschränkt.

Jetzt also macht der „Daily Telegraph“ auf eine doch existierende Interpretation des fraglichen Artikels 18 aufmerksam, die sogar auf den „Obersten Rat“ selbst zurückgeht und die eine klare Abweisung der französischen Rechtsansprüche darstellt. Der Anlaß wurde im Jahre 1919 gegeben, wo im August rumänische Truppen, um sich bezahlt zu machen, in Ungarn eingefallen waren. Damals nun erklärte der Oberste Rat in einer nach Untereinstimmung Note, daß die Eintreibung aller Reparationsleistungen ausschließlich der zentralen Reparationskommission übertragen worden sei und daß das rumänische Vorgehen ein Abweichen von diesem Grundsatz bedeute, daß für den Frieden der Welt so gefährlich werden könnte, daß die Alliierten sich gezwungen sehen könnten, zu den schärfsten Gegenmaßnahmen zu greifen. Die Friedenskonferenz hat dann damals auch die Zurückziehung der rumänischen Truppen verlangt und Ungarn Schadenersatz zugesprochen.

Mit Recht zieht der „Daily Telegraph“ die Parallele zwischen der damaligen rumänischen Eigenmächtigkeit und dem jetzigen tausendmal schlimmeren Unrecht Frankreichs im Ruhrgebiet. Aber freilich: Rumänien war schwach, Frankreich ist stark. Der kleine Basal konnte zur Ordnung gerufen werden, dem allmächtig gewordenen Frankreich gegenüber bedeutet das für die anderen Alliierten offenbar ein zu schweres Mißverhältnis.

Eine wichtige Sitzung der Außenkommission

(Von unserem Warschauer Sonderberichterstatter.)

Auf der Sitzung der Außenkommission am 26. d. Mts. nahm außer dem Minister Seyda auch der Vertreter Polens in Danzig, Pluchinski, teil. Seyda ergänzte zunächst in vertraulicher Sitzung seine bereits im Sejm gemachten Mitteilungen über das Verhältnis zur Tschechoslowakei. Da jedoch die Vertraulichkeit der Sitzung betont wurde, müssen wir uns versagen, hier auf Einzelheiten einzugehen. Der Minister betonte, daß von einer Niederlage der polnischen Außenpolitik nicht die Rede sein könne. Er verlas eine Reihe von Dokumenten, die über die Streitpunkte mit der Tschechoslowakei Aufklärung geben sollten. Dann ging er auf das polnisch-türkische Abkommen ein, das, wie wir bereits ausgeführt haben, tatsächlich einen bedeutenden Erfolg der polnischen Außenpolitik in Lausanne darstellt. Der Minister hob diesen Erfolg nach Gebühr hervor, den er vor allem in der für Polen vorteilhaften Meistbegünstigungsklausel sieht, die ein wertvolles Zugeständnis der Türkei an Polen ist.

Pluchinski sprach dann von Danzig, und wie der Minister meinte er sich entschieden gegen die Auffassung, daß Polen hier eine Niederlage erlitten habe. Genau das Gegenteil sei der Fall. Man habe es mit einem entscheidenden Sieg zu tun. Dabzki, der scharfe Gegner des Ministerpräsidenten Witos, ergriff nun das Wort zu einer Rede, die entschieden stärkeren Eindruck machte, als seine Ausführungen im Sejm. Er zerpflückte Wort für Wort die Darlegungen des Ministers und Pluchinski. Er stellte den unumstößlichen Satz auf, daß Polen die Verhandlungen mit Danzig abgebrochen habe und nun durch den Beschluß des Völkerbundes gezwungen sei, die Verhandlungen mit Danzig wieder aufzunehmen. Darin liege schon das erkennbare Zeichen der Niederlage Polens. Eine Niederlage sei auch darin zu erkennen, daß Polen die Reparationen gegen Danzig abstellen mußte. Dann geht er auf die Rede des Ministerpräsidenten Witos in Larnow ein. Niemals habe sich ein Premier derart kompromittiert, wie hier Witos. Die zahlreichen Antik und halbamtlich gegebenen Versionen und Abänderungen des Textes der Rede hätten den Minister lächerlich gemacht. Wie man weiß, handelt es sich hierbei um jene versäugelten Worte des Ministerpräsidenten, daß Polen sich nicht nach Westen hin, sondern nach dem Osten ausdehnen müsse. Amtlich wurde dann dieser Satz dahin erklärt, daß Witos nur eine wirtschaftliche Expansion gemeint habe. Die weitere Beratung wurde alsdann auf morgen verlagert.

Seniorenkonvent.

Der Seniorenkonvent beschloß, die Sitzungen des Sejm bis Dienstag auszudehnen. Von nationaldemokratischer Seite wurde beantragt, während dieser Session das Gesetz über die Vermögensabgabe zu beraten, ein Vorschlag, der jedoch die Mehrheit nicht fand. Der Sejmarschall schlug vor, die Vermögenssteuer und etwa bis Dienstag nicht erledigte Gesetze in einer besonderen Sitzung gegen Ende August zum Abschluß zu bringen. Der Sejm arbeitet gegenwärtig mit Hochdruck. Manche glauben, daß es ihm unmöglich sein wird, das noch vorliegende Material aufzuarbeiten. Dies besonders, weil zwei volle Tage mit der Debatte über das Haushaltsprovisorium ausgefüllt sein werden. So wird das Gesetz über die Arbeitslosenversicherung nicht mehr voll zur Beratung kommen. Ob nun tatsächlich eine Augustsitzung stattfinden wird, oder ob die noch nicht erledigten Gesetze erst nach Wiedereröffnung des Sejm zur Beratung kommen, soll in der Sitzung des Seniorenkonvents beschlossen werden.

Sejm vom 26. Juli.

Der Sejm beriet in viele Stunden während der Debatte die einzelnen Artikel des Gesetzes über die Beamtengehälter und Pensionen und kam damit nicht zu Ende. Gegen halb acht Uhr entstand im Sejm eine gewaltige Aufregung. Ein jüdischer Abgeordneter verbreitete die Nachricht, eine Warschauer Gesellschaft — nicht die deutsche — habe auf Umwegen die Nachricht erhalten, daß in Berlin Revolution ausgebrochen und daß ein Hohenzoller an die Spitze des Staates getreten sei. Ein wahrer Sturm der Abgeordneten und Journalisten auf den einzigen anwesenden deutschen Korrespondenten war die Folge. Auf der deutschen Gesandtschaft hatte man keine Mitteilungen, was schon darauf zu deuten schien, daß es sich um wilde Gerüchte — vielleicht zu börsenzwecken — handelte. Schließlich stellte es sich heraus, daß tatsächlich eine Gesellschaft die unkontrollierbare Nachricht weitergegeben hatte. Gegen neun Uhr gelang es den polnischen Sozialisten, telefonische Verbindung mit Berlin zu erhalten, und so erfuhr man denn, daß der Belagerungszustand aufgehoben sei, daß aber weder eine Revolution, noch ein Rapp-Butsch stattgefunden habe. Erst dann legte sich allmählich die ungeheure Erregung.

Am Schluß der Sitzung interpellierte ein ukrainischer Abgeordneter wegen der Wegnahme eines orthodoxen Klosters in Wolhynien, das von der Regierung beschlagnahmt und an die Katholiken gegeben wurde. In der Gegenwart wohnen nur einige hundert Katholiken und gegen 5000 Orthodoxe. Die Rede des Ukrainers führte zu heftigen Zwischenrufen von Seiten der Rechten, worauf Gladinski als Antwort den Bericht des dortigen Wojewoden verlas, wonach die dortigen Ukrainer selbst auf die Beschlagnahme eingegangen seien und dafür ein kleines Gotteshaus erhalten hätten, eine Antwort, die wiederum heftige Proteste von Seiten der Ukrainer hervorrief.

Einigung in Warschau im Metallarbeiterstreik.

Nach dreitägigen Verhandlungen ist es in der Warschauer Metallindustrie zur Unterzeichnung eines Vertrages gekommen, nach dem die Arbeiter vom Tage der Wiederaufnahme der Arbeit an 40 v. H. Zulage bekommen. Der Vertrag regelt die Löhne nach den von der staatlichen Kommission festgesetzten Koeffizienten. Vom September ab wird die Regelung zweimal im Monat stattfinden. Der Vertrag gilt drei Monate. Nach dem „Przeglad Wlozarni“ hatte der Hauptarbeitsinspektor am Freitag mittag eine Konferenz zur Beilegung des Streiks im Baugewerbe einberufen.

Die Wirkung der Witos-Rede in Moskau.

In der Moskauer „Pravda“ bespricht Nadel die letzte Rede des polnischen Ministerpräsidenten Witos, und sieht die anempfohlene Expansion nach Osten als einen Versuch an, zur Politik Pluchinski zurückzuführen. Er meint, daß solche Versuche jeden Wunsch Sowjetlands, mit Polen in gütlichen Beziehungen zu leben, im Keime ersticken müssen.

Polnische Wochenschau.

Die vergangene Woche brachte für Polen eine gewisse Entspannung. Die Streiks sind fast ganz beigelegt. Zuerst einigte man sich in Lodz, wo bereits am Montag die Arbeit in vollem Umfange wieder aufgenommen wurde, das heißt, soweit nicht die Industriellen infolge von Rohstoffmangel zu Einschränkungen des Betriebes gezwungen sind. Auch in Warschau ist es nun am Freitag zur Beilegung des Metallarbeiterstreiks gekommen. Die Arbeiter erhalten 40 % Erhöhung. Ebenso wurde in Lublin ein Vertrag zwischen Industriellen und Arbeitern unterzeichnet, der den Arbeitern sogar 50 % Zulage gibt. Man kann im allgemeinen sagen, daß die Streiks ausschließlich auf wirtschaftlicher Grundlage ruhten und der politische Einschlag äußerst gering war. Höchstens in Lodz haben die Kommunisten einen gewissen Anhängerkreis hinter sich.

Die schon in der vorigen Woche gehaltene Rede des Ministerpräsidenten in Larnow hat sowohl im In- wie im Auslande ein lebhaftes Echo erweckt. In Moskau erklärt man, daß die Wendung des Ministerpräsidenten gegen Rußland einen ungünstigen Eindruck gemacht habe und die friedlichen Beziehungen gefährde. Im Inneren schien sich ein tiefer Zwiespalt innerhalb des Kabinetts zwischen Witos und Seyda, zwischen der antirussischen Politik im Sinne von Pluchinski und der antideutschen Politik des Pariser Komitees, das mehr russenfreundlich empfindet, anzukündigen. Jedoch ist dieser Zwiespalt im Geheimen ausgeglichen worden, und ein feierliches Dementi der Witos'schen Äußerungen, ein Umbiegen seiner aggressiven Behauptung, als habe sie sich nur auf eine wirtschaftliche Ausdehnung bezogen, soll den Streitfall aus der Welt schaffen.

Seyda ist noch immer Außenminister, und er hat in dieser Woche einen wirklichen Erfolg zu verzeichnen. Am Montag wurden die polnisch-türkischen Verträge in Lausanne unterzeichnet, die geradezu in Konkurrenz gegen Frankreich erzielt wurden. Es handelt sich um drei Verträge, die alle Gebiete des Handels, des Personens- und Warenverkehrs betreffen. Polnische Kaufleute erhalten das Recht, in Smyrna und Konstantinopel eigene Warenlager anzulegen. Die große europäische Verbindungslinie zwischen London und Konstantinopel und weiter nach Bagdad wird über Posen, Kattowitz und Zemberg gelegt. Früher ging sie über Paris und Budapest, und die Reise dauerte 13 Stunden länger. Auf diesen Erfolg legte Seyda den Hauptnachdruck, als er am Mittwoch im Sejm und am Donnerstag im Auslandsauschuß über die polnische Außenpolitik Auskunft erteilte. Auch in den übrigen Punkten, in denen Seyda Vorwürfe gemacht wurden, suchte er sich reinzuwaschen, indem zum Teil mit Recht die Schuld auf die frühere Regierung zurückverwies. In anderen Fällen stellte es Seyda so hin, als ob es sich lediglich um mißbilligende Äußerungen ausländischer Diplomaten handele, die kein besonderes Schwergewicht hätten und zum Teil durch andere Tatsachen als harmlos erwiesen würden. Diese Ausführungen schafften es jedoch nicht aus der Welt, daß die Tschechoslowakei nicht daran denkt, die Jaiworzhna abzugeben. Was die Baltischen Staaten anbetrifft, so scheint allerdings die Verstimmung über Seydas Fernbleiben von der Rigaer Konferenz nicht so tief zu gehen, da der estnische Minister Hellat selbst vorschlug, die nächste Baltischenkonferenz in Warschau abzuhalten, was auch angenommen wurde. So gelang es Seyda, die Angriffe der Opposition, deren Wortführer der Abg. Dabzki ist, abzuschlagen und den lauten Beifall seiner Parteigenossen zu gewinnen, was ja angesichts der Lage das Entscheidende für ihn ist.

Auch sonst hat die Opposition bisher keine besonders eindrucksvolle Haltung angenommen. In den Kreisen der Linksparteien möchte man es doch nicht riskieren, angesichts der so schwierigen Wirtschaftslage die Verantwortung zu übernehmen und läßt lieber die Rechte weiter regieren. Jedoch äußerte am vorigen Sonntag der Abg. Jan Dabzki auf einer Versammlung in Lublin, daß der Bankrott der Rechtsparteien nicht mehr allzufern sei, daß der Unsinn der Vereinigung der Plassen mit Chjena immer offenkundiger würde und daß die polnische Demokratie sich schon für die Übernahme der Regierung vorbereiten müsse. Die Wyzwolenie-gruppe protestierte am Mittwoch im Finanzausschuß gegen die Wirtschaftspolitik der Regierung und verließ sodann unter Protest die Sitzung. Natürlich wenden sich auch die Arbeiterparteien und zwar ebenso die nationale Arbeiterpartei wie die P.P.S. anlässlich der Teuerung aufs Schärfste gegen die Regierungsparteien. Der „Robotnik“ behauptet, daß es in Europa kein zweites Land gebe, in dem die besitzenden Klassen in so hohem Grade des Gefühls der Verpflichtung und der Opferwilligkeit dem eigenen Staate gegenüber bar wären wie in Polen. Volkommen recht muß man dem „Robotnik“ geben, wenn er sich gegen den häufig geäußerten Ruf zur Sparsamkeit wendet und darauf hinweist, daß dem Bürger das Sparen erst dann ermöglicht sei, wenn die Teuerung wirklich bekämpft und der Wert unseres Geldes aufgebessert werde.

Das provisorische Budget wurde der Regierung durch ihre Mehrheitsparteien für ein weiteres Vierteljahr bewilligt. Ein weiteres Vierteljahr hat also die Rechts-

regierung Zeit, zu zeigen, was sie kann und zu beweisen, daß sie, wie sie so tödlich versichert, imstande ist, Polen aus seiner Not emporzuhelfen.

Was die Haltung der Regierung zu den Minderheiten betrifft, so sind die gegen die Minderheiten gerichteten Sätze aus der Rede des Premiers nicht demontiert worden. Witos hat in einer Unterredung mit einem lettischen Zeitungskorrespondenten nochmals ausgesprochen, daß die nationalen Minderheiten ein nicht in hinreichendem Maße für den Aufbau des Staates geeignetes Element sei. Allerdings müßten ihre Bedürfnisse befriedigt werden, und eine Bedrückung dürfe nicht stattfinden.

Daß die internationalen Verknüpfungen und der Völkerbund keineswegs vom blindnationalistischen Standpunkt aus vernachlässigt werden dürfen, das zeigt die Erfahrung auch den polnischen Staatsmännern Tag für Tag. Schon die Erledigung der Danziger Frage durch den Völkerbund, die entschieden ein Verdammungsurteil über die bisherige polnische Politik gegenüber Danzig enthielt, mußte darüber auflären. Daß Polen den Völkerbund braucht, hat es indirekt anerkannt durch seine dieser Tage Salandra überreichte Beschwerde über die Lage der polnischen Minderheit in Litauen. Polen wacht sehr sorgfältig über seine Volksgenossen im Ausland und verfehlt ihre Minderheitsrechte bei allen maßgebenden Faktoren mit aller Entschiedenheit. Dennoch ist es nur logisch, wenn auch die deutsche Minderheit in Polen ihre Rechte bei allen Körperlichkeiten, die zu ihrer Wahrnehmung berechtigt sind, insbesondere beim Völkerbund, vertritt und daß dies nicht als unloyal betrachtet werden kann.

Die Wirtschaftslage bleibt weiterhin bedenklich. Der Dollar bröckelt langsam, aber sicher ab. Die Teuerung macht immer wieder, bald hier, bald dort, kleine Vorstöße. Die Flucht des Publikums zu den Sachwerten wird eine ständige Erscheinung. Der Einfluß des deutschen Wirtschaftslebens, das mehr und mehr der Zerrüttung verfällt, macht sich deutlich bemerkbar. Ein Vorfall bei einer Sejmung dieser Tage zeigte dies ganz deutlich. Ein wildes und vollständig unbegründetes Gerücht war von einer fremden Gesandtschaft in Warschau verbreitet worden, daß in Berlin eine Revolution ausgebrochen sei und ein Hohenzoller an die Spitze der Regierung getreten sei. Hieraus entstand unter den Abgeordneten eine unbeschreibliche Aufregung. Es wurde mit allen Mitteln versucht, Auskunft über die Wahrheit dieses Gerüchtes zu erlangen. In dieser ungeheuren Aufregung zeigte sich ganz augenfällig die große politische und wirtschaftliche Bedeutung der Verhältnisse in Deutschland für Polen. Heute, am Sonntag, dem 29. Juli, ist für Deutschland innerpolitisch ein kritischer Tag erster Ordnung. Große antisemitische Kundgebungen werden von der Arbeiterschaft vorbereitet. Der Innenminister hat diese Kundgebungen verboten, aber, wie es scheint, wollen die linksstehenden Kreise es auf eine Machtprobe ankommen lassen. So gehen heute möglicherweise ernste Ereignisse vor sich, die ihren Schatten auch auf Polen werfen können.

Republik Polen.

Die Tätigkeit des Sparkommissars.

Der Sparkommissar Moskalewski erteilte einem Mitarbeiter der „N. B.“ folgende Informationen über die Sparaktion der Regierung: Zur Festlegung einer Richtlinie in der Organisation sämtlicher Staatsämter und zur Prüfung der Leistungsfähigkeit der einzelnen Ressorts sind in den Ministerien Sparkommissionen gebildet worden, die folgende Aufgaben haben:

1. Prüfung und Vergleich der gegenwärtigen Organisation der Ämter mit den Organisationsfügungen und Aufzeichnung der Abweichungen;
2. Prüfung der inneren Verfassung der Ministerien.
3. Anfertigung von Beamtenlisten in jedem Ressort.

Es werden alle störenden Mängel beseitigt und die Leistungsfähigkeit der Ämter wird gehoben werden. Außerdem sollen die Projekte aller beabsichtigten Investitionen geprüft werden, um festzustellen, welche im laufenden Jahre realisiert werden können, und welche auf später verlegt werden müssen. Die Tätigkeit der Sparkommissionen darf keine Verwirrung in die Ämter tragen; der eigentlichen Sparaktion müssen bedächtige Prüfungen vorausgehen. Es geht nicht um eine mechanische Bescheidung der Budgets, sondern die Aufrechterhaltung größter Ausgiebigkeit und Leistungsfähigkeit bei der notwendigen Anzahl von Beamten und entsprechender Organisation. Die Staatsunternehmen werden dahin untersucht, ob sie weiter von der Regierung geführt oder verpachtet werden sollen. Unternehmen, die in Staatsverwaltung bleiben, müssen auf gesunde Kalkulation gestützt werden. In diesen Tagen wird die Kontrolle der Staatsforwirtschaft beginnen.

Tägliche Beratungen des Haushaltsausschusses des Sejm.

Auf Antrag des Abg. Jaroszyński wurde bestimmt, daß der Finanzhaushaltsausschuß des Sejm dessen neuer Vorsitzender der Abg. Byrka von der Piastpartei ist, während der gegenwärtigen Sejmession täglich von 9 Uhr abends bis 12 Uhr nachts, und am Sonntag, dem 29. Juli den ganzen Tag über beraten soll, um die Erörterungen des Gesetzentwurfs über die Vermögenssteuer zu Ende zu führen.

Senatsausschuß für Finanzen.

Der Vorsitzende des Senatsausschusses für Finanz- und Haushaltsfragen hat zum Sonntag, dem 4. August, und den folgenden Tagen Ausschusssitzungen anberaumt, in denen folgende Angelegenheiten erörtert werden sollen: 1. Wahl des stellvertretenden Vorsitzenden an die Stelle des zurücktretenden Abgeordneten Hammerling. 2. Gesetzentwurf über das Haushaltsprovisorium für die Zeit vom 1. Juli bis zum 30. September d. J. 3. Gesetzentwurf über die Kommunalsteuern. 4. Gesetzentwurf über die Gewährung eines 10 Milliardenkredits zur Unterstützung der Landwirtschaft. 5. Gesetzentwurf über Besoldung der Staatsfunktionäre und des Heeres, sowie über die Verforgung der Emeriten. 6. Gesetzentwurf über die Vermögenssteuer.

Der Sejmatschuß für öffentliche Gesundheit

nahm folgende Entwürfe an: 1. Den Gesetzentwurf über die Ratifizierung des polnisch-tschechischen Vertrages betreffs der Praxis der Ärzte und Hebammen. 2. Den Gesetzentwurf über die Ratifizierung des polnisch-lettischen Sanitätsabkommens. 3. Den Gesetzentwurf über die Ratifizierung der polnisch-tschechischen Sanitätskonvention. Ferner wurde ein Antrag des Abg. Neger angenommen, nach dem Ärzten und Hebammen, die ihre Praxis in der Grenzzone ausüben, gestattet wird, ihre Instrumente und Hilfsapotheken mitzunehmen. Von einigen anwesenden Vertretern wurden die sanitären Verhältnisse in den polnischen Kurorten erörtert. In den Kurorten Artnica und Ciechocinek ist keine Kanalisation vorhanden. Der Staat könne, wenn er nicht die entsprechenden Kredite für unbedingt notwendige Investitionen gewähre, nicht die gewünschten Einkünfte aus den Kurorten erwarten. Der Ausschuß ermächtigte den Vorsitzenden, im Einvernehmen mit dem Gesundheitsminister Abgeordneten ausflüge nach den polnischen Sanatorien zu organisieren, um die Verhältnisse an Ort und Stelle zu prüfen.

Wachsen der Rohölproduktion.

Der „Przegląd Węglowy“ erzählt, daß nach statistischen Berechnungen die Rohölproduktion in Polen wächst. Mit dem Anwachsen der Produktion hat auch die Ausfuhr von Rohöl zugenommen. Besondere Rohölabnehmer sind Ungarn, Tschechien und Österreich.

Eröffnung des Auswandererlagers Wejherowo.

Am Donnerstag erfolgte die Eröffnung des polnischen Emigrationslagers in Wejherowo (Neustadt i. W.). Das eigentliche Lager setzt sich aus 6 Pavillons und einem Spital zusammen. Der erste Transport polnischer Emigranten in der Zahl von 300 ist nach der Quarantäne abgegangen.

Aus der polnischen Presse.

Beängstigungen um die Jaworzyna.

Aus Warschau wird dem „Kurjer Lwowski“ gemeldet: Nachrichten, die ich nicht Gerüchte nennen kann, lauten, daß die letzte Warschauer Reise des Grafen Jamożski sehr große Bedeutung hatte. Es handelte sich darum, auf Seyda einen Druck auszuüben. Die französische Regierung soll unserer Volschaft zu verstehen gegeben haben, daß sie mit aller Entschiedenheit den Beitritt Polens zur Kleinen Entente wünscht, und daß Polen, um die Forderungen zu machen, die Jaworzyna opfern müßte. Welche Antwort gab Seyda dem Pariser Referenten für polnische Angelegenheiten, der sich Volschaster der Republik nennt? Das weiß man nicht. Der Inhalt seiner Mission ist in Schweigen gehüllt worden. Und hier steht gerade die ganze Unbeholfenheit der Politik unserer Minister. Für jeden Polen, für jeden Bürger Polens ist es klar, daß schon für die Annahme einer solchen demütigenden Mission der polnische Volschaster sofort seines Amtes enthoben werden, vor ein Disziplinargericht gestellt und ein für allemal aus dem Staatsdienst ausgespart werden müßte. Jeder müßte wissen, daß gewisse Vorschläge, und wenn sie noch so perfekt vorgebracht werden, eine schwere Velleidung darstellen, so daß man sie nicht mitteilen und auch nicht an sie denken darf. Aber Herr Seyda versteht das nicht. Mögen es die Tschechen wissen, mag man es auch anderwärts verstehen, daß Seyda dem Grafen Jamożski seine mit der Würde eines Diplomaten unvereinbaren Missionen verzeihen; aber das polnische Volk schweigt nur deshalb, weil sie geheim blieben. Aufgedeckt, wären sie das Grab des gegenwärtigen Ministeriums geworden.

(Die Aufregung des „Kurjer Lwowski“ erscheint etwas verfrüht, da er keine Unterlagen dafür hat, daß Seyda auf die französische Anregung eingehen und die Jaworzyna opfern will. Die Schrift.)

Die deutschen Schulen in Polen.

Im „Kurjer Poznański“ schreibt R. Rierski über „Die deutsche Sprache in den Schulen“: „Auf Grund des Artikels 8 des Minderheitenschutzvertrages haben die Deutschen das Recht freier Verwendung der Muttersprache beim Unterricht in allen Schulen und Erziehungsanstalten, die auf eigene Kosten gegründet und geführt werden. Es kann sich um Schulen jeder Art handeln: Anfangsschulen, Mittel- und höhere Schulen, aber natürlich streng private Schulen. Was die staatlichen betrifft, so bestimmt Artikel 9 des Vertrages, daß in Städten und Bezirken, die von größeren Gruppen polnischer Bürger mit nichtpolnischer Sprache bewohnt werden, die polnische Regierung in Fragen des öffentlichen Unterrichts entsprechende Erleichterungen gewährt, um den Kindern solcher Bürger die Erteilung des Unterrichts in ihrer Sprache in Anfangsschulen zu sichern, was jedoch nicht die Einführung des obligaten polnischen Sprachunterrichts hindert. Hier tauchen zwei Fragen auf: 1. Was ist unter „größere Gruppen von Bürgern“ zu verstehen? 2. Worauf sollen die in Artikel 9 erwähnten entsprechenden Erleichterungen beruhen? Was die erste Frage betrifft, so ergibt sich, daß der Vertrag das Wort „Proportion“ gebraucht, der Schluß, daß es sich um das prozentuale Verhältnis dieser Bürger zu der übrigen Bevölkerung handelt, nicht aber um ihre absolute Zahl. Wie aber das Verhältnis sein soll, das erwähnt der Vertrag nicht. Es müßten also in jedem Einzelfalle die polnischen Verwaltungsbehörden entscheiden, wobei sie sich von Recht und Billigkeit und den im gewöhnlichen Leben allgemein üblichen Normen zu leiten hätten. 5 bis 10 Prozent bilden keine größere Gruppe. 20 bis 25 Prozent muß man schon als einen erheblichen Prozentsatz ansehen, der der deutschen Minderheit das Recht gibt, die im Artikel 9 des Vertrages bestimmten Wohltaten zu genießen. Nach der Volkszählung im Jahre 1921 gab es verhältnismäßig wenig Ortschaften mit einem so bedeutenden Prozentsatz an fremder Bevölkerung. Dagegen gab es eine Reihe von Kreisen, in denen die Bevölkerung mit anderer Nationalität nicht einmal 10 Prozent erreichte. (In der Wojewodschaft Posen waren es die Kreise Gostin, Grätz, Jaroschin, Kosten, Ostrowo, Welnau, Pleßchen, Posen-West, Schreim, Schroda, Wreschen, vor allem aber die Stadt Posen selbst, in der nur 6,5 Prozent gezählt wurden; in der Wojewodschaft Pommerellen die Kreise Mewe, Kartaus, Löbau, Neustadt). In der ganzen Wojewodschaft Posen betrug die fremde Bevölkerung 17,9 Prozent, im Pommerellen 20,9 Prozent. Seit 1921 hat sich dieses Verhältnis noch mehr zu Ungunsten der Deutschen verschoben. Was die „entsprechenden Erleichterungen“ betrifft, so sollen sie vor allem nur in Sachen des öffentlichen Unterrichts angewandt werden. Es handelt sich hier nicht um das Privatschulwesen, und dann beziehen sie sich nur auf die Vorschulen. — Von vornherein werden die staatlichen höheren und mittleren Schulen ausgeschlossen. In allen Städten und Landgemeinden, in denen sich die für die Bildung einer besonderen deutschen Vorschule genügende Anzahl deutscher Kinder findet, muß die polnische Regierung eine solche Schule eröffnen. Wenn die Gesamtzahl der deutschen Kinder nicht hinreicht, eine ganze Schule zu füllen, dann sind besondere Klassen mit deutscher Unterrichtssprache einzurichten. Wenn nun die Zahl der Kinder ganz unbedeutend ist, dann hat die Regierung nicht die Pflicht, Erleichterungen in Anwendung zu bringen. Wenn nach der Verfügung vom 10. März 1920 in einer Gemeinde mindestens 40 deutsche Kinder im schulpflichtigen Alter sind, dann wird für sie auf öffentliche Kosten eine besondere Vorschule oder eine Schulklasse mit deutscher Unterrichtssprache begründet. Aber selbst dann schon, wenn sich in der polnischen Schule 12 oder mehr deutsche Kinder befinden, für die wegen ihrer geringen Zahl keine besondere Klasse geschaffen werden kann, bemüht sich der Schulvorstand um besondere deutsche Sprachstunden und um Religionsunterricht in deutscher Sprache. In allen deutschen Vorschulen findet die Lehrer Deutsche. Die ersten drei Jahre finden die Unterrichtsstunden in deutscher Sprache statt. Erst vom vierten Jahre an erhalten die deutschen Kinder in der Mittel- und Oberschule polnischen Sprachunterricht, und zwar 2 bis 6 Stunden in der Woche. Sollten die Deutschen diese Stunden als ein Zeugnis der Polonisierung ihrer Jugend ansehen, müßte man meiner Ansicht nach vom Pflichtunterricht in der polnischen Sprache Abstand nehmen. Ich bin überzeugt, daß dann die Deutschen als Angehörige eines praktischen Volkes selbst anfangen würden, Polnisch zu lernen; denn es würde ihnen schwer fallen, sich ohne die Staatsprache zu begeben. Die Spracherleichterungen gelten nur

für die Gebiete, die vor dem Kriege deutsch waren, also in den Wojewodschaften Posen und Pommerellen. (In Oberschlesien ist es anders.) Außerhalb des früher deutschen Territoriums besteht also keine Vertragsverpflichtung der polnischen Regierung, deutsche Vorschulen zu schaffen, und doch hat sie solche Schulen angelegt. (Wo denn? D. Schriftl.) Nur erwartet sie vergeblich dafür von deutscher Seite Zeichen der Dankbarkeit oder wenn auch nur der Anerkennung.“ (??)

Frankreichs Verschleppungstaktik.

Eine Taktik, die offensichtlich auf Verschleppung abzielt, wird von dem Pariser Berichterstatter der „Times“ als die in Paris herrschende Auffassung bezeichnet. Für Deutschland bleibe nur die Wahl, kapitulieren oder zusammenbrechen. Wenn man die Frage betrachtet, was für Konzessionen Frankreich machen kann hinsichtlich der Wethode der Kapitulation für den Fall, daß der deutsche Widerstand aufhöre, so sei der französische Standpunkt, daß man sich in einer im Voraus nicht zu beschreibenden Lage befinden würde. Doch im Hinblick auf die Aussichten einer belgischen Vermittlung werden die Erwägungen neuerdings geprüft. Brüssel wird durch Paris etwas unliebsam daran erinnert, daß Belgien in den wichtigsten Vorfragen, nämlich bezüglich des passiven Widerstandes und der Kapitulation des Ruhrbezirks durch frühere belgisch-französische Abmachungen gebunden sei, und trotz des dringenden Bedürfnisses Belgiens nach baldigem Frieden kann es davon nicht loskommen. Größere Freiheit hat Belgien dagegen nach gewisser Meinung gegenüber den späteren sachlichen Reparationsfragen. Inzwischen verstärken die Berichte aus Breslau und Frankfurt die Beunruhigung einsichtiger Kreise in London, ohne daß jedoch die öffentliche Meinung Englands in der gesamten Angelegenheit tief erregt wäre.

Baldwin redet.

Der englische Premierminister Baldwin ergriff Donnerstag abend bei einem Bankett, das der konservative Klub von Glasgow ihm zu Ehren veranstaltete, das Wort zu einer Ansprache, in der er u. a. sagte:

Meine Regierung befindet sich in einer Lage, die derjenigen einer Rettungsmannschaft nicht unähnlich ist. Unser Land hat unendlich viel Arbeit zu vollbringen und je weniger wir reden, desto besser ist es. Was uns die Aufgabe unserer Rettungsarbeit vor allem erschwert, ist der Umstand, daß die Hilfsquellen des täglichen Lebens infolge des Krieges auf das äußerste herabgesetzt werden. Wir suchen im Interesse des Landes zu retten. Wir hängen von dem Export und Import ab. In einem Augenblick, wo die großen Weltmärkte zerrüttet sind, besteht die erste und wichtigste Maßnahme darin, für einen Absatzboden einzutreten. Das bedingt auch, daß die Frage der deutschen Reparationen geregelt wird. Im Hinblick auf die wirtschaftliche Zukunft Englands, fügte der Premierminister hinzu, sei es seiner Meinung nach gezwungen, sich nach Rußland zu orientieren, um dort für seinen Handel einen neuen Absatzmarkt zu finden. Zum Schluß erklärte Baldwin, daß die Unterzeichnung des Friedens mit der Türkei ihm lebhaft Freude bereitet habe. Nichtsdestoweniger gab er der Befürchtung Ausdruck, daß es infolge mancher Klauseln des Vertrages schwer fallen würde, mit dem neuen Osten neue Handelsbeziehungen zu eröffnen.

Professor Cassel über Reparationen und Ruhrproblem.

In einem Artikel über die Reparationsfrage führt Professor Cassel im „Svenska Dagbladet“ aus, daß die konsequente Befolgung der von Baldwin angekündigten neuen englischen Schadenerkompensations zu einem Bruch der Entente führen müsse, wenn es der englischen Argumentation nicht gelinge, die Franzosen von der Unerfüllbarkeit ihrer Ansprüche zu überzeugen und einen Regimewechsel in Frankreich herbeizuführen. Die

Auflösung der Entente

könne nur schwer übersehbare Folgen haben, aber die unmittelbare Gefahr liege nicht darin, sondern in der Verheerung der Entente auf Grundlage eines unklaren oder in sich wirtschaftlich unmöglichen Kompromisses, das vermeide, dem Problem auf den Grund zu gehen. Gelingen der Diplomatie ein solches Kompromiß, so werde die Welt noch einmal betrogen werden.

Die wirtschaftlichen Probleme Europas

beständen aus Realitäten, die mit einiger Voraussicht nicht aus der Welt zu schaffen seien. Die bisherigen Erfahrungen mit derartigen Kompromissen müßten abschreckend wirken. Diesmal könne England keine Scheinlösung annehmen, ohne seine moralische Stellung zu kompromittieren. Die innerpolitischen Verhältnisse in England ließen auch eine derartige Behandlung der Ruhrprobleme des jetzigen Kabinetts nicht zu. Mit einem Programm, das mit gesunden Mitteln auf die wirtschaftliche Gesundung der Welt und die Entlastung einer imperialistischen Unterdrückungspolitik in Europa hinabzielt, habe Baldwin die Unterstützung der liberalen Parteien, der Arbeiterpartei, der Geschäftsmänner und der Hochfinanz zu erwarten. Sollte es sich aber zeigen, daß diese Politik in seiner eigenen Partei nicht gestützt würde, so wäre es nicht ganz ausgeschlossen, daß die Leitung auf die Arbeiterpartei überginge, was die bürgerlichen Kreise Englands aber kaum zulassen könnten.

Auf französisch-belgischer Seite

wolle man anscheinend gewissen Modifikationen der Ruhrbesetzung zustimmen. Aber man vergesse, daß die wirtschaftliche Schädigung dieser Okkupation so lange anhalte, wie sie in irgendeiner Form die Wiederherstellung des deutschen Volkshaushalts hindere, oder eine Bedrohung der Rechtssicherheit im Lande bedeute. Man wolle im Notfall auch einer Sachverständigenkommission zustimmen, dabei aber den Sachverständigen eine so untergeordnete Stellung geben, daß ihre Gutachten keine wesentliche Bedeutung für die Hauptfragen haben könnten. Eine wirklich autoritative Sachverständigenkommission werde aber niemals zustande kommen können, wenn sie nicht unbedingte Freiheit erhalte, ihre Meinung über das Wesentliche des vorliegenden Problems und besonders über die Bedingungen zu äußern, unter denen Deutschland überhaupt existieren und später Zahlungen leisten könne. Die

Nichtbeantwortung der Fragen Baldwins

über die französischen Ziele der Ruhrbesetzung führt Cassel teils auf die wirtschaftliche Unkenntnis der politischen Kreise Frankreichs, teils auf die Abneigung zurück, die politischen Ziele der Okkupation zu bekennen. Eine Okkupation, an der festgehalten werden solle, bis die Bedingungen erfüllt seien, die niemals erfüllt werden könnten, laufe im Grunde auf eine ständige Okkupation hinaus, die keine politische Einverleibung zu bedeuten brauche, aber ein Versuch sei, Deutschland dauernd abhängig zu halten und Frankreich für alle Zukunft Gelegenheit zu geben, nach Belieben in Deutschlands Verhältnisse einzugreifen. Professor Cassel schließt: Man sagt, es würde ein zu großes Opfer für den französischen Nationalstolz bedeuten, jetzt die Ruhrpolitik aufzugeben und ihr Mißlingen anzuerkennen. Man spricht weit und breit davon, daß Frankreichs Heer zu sehr darunter leiden würde. Soll also das Schicksal der

Welt noch heute von einem seit langem veralteten militärischen Begriff bestimmt werden? Kein moderner Mensch finde, daß die Aufrückung Frankreich irgendwie zur Ehre gereicht. Im Gegenteil dürfte die Ansicht ziemlich allgemein sein, daß diese Okkupation der größte Schandfleck in Frankreichs Geschichte ist. Es ist Zeit, daß er so schnell wie möglich fortgewaschen werde.

Die Welt ist darüber einig.

Aus Budapest wird gemeldet: In der letzten Sitzung des ungarischen Parlaments gedachte der ehemalige Ministerpräsident, Abg. Stefan Friedrich, der Leiden der deutschen Bevölkerung im Ruhrgebiet und erklärte unter dem Beifall des größten Teiles des Hauses folgendes: „Ungarn will der Bevölkerung des Ruhrgebiets Beileid und Sympathie zum Ausdruck bringen. Für den Augenblick kann man die deutsche Kultur unterdrücken, aber Fleiß und Ausdauer kann man nicht für immer vernichten. Vergessen wir Deutschland nicht, halten wir neben Deutschland auch in dieser schweren Stunde aus. Alle Schlagworte der Entente haben sich als Lügner erwiesen.“

Ungarn protestiert gegen die unerhörte Bedrückung des entwaffneten deutschen Volkes.

Der Papst tut dasselbe.

Der englische Ministerpräsident droht mit einem gesonderten Vorgehen.

Italien warnt vor der Vernichtung Deutschlands.

Aus Schweden appelliert man im Interesse des deutschen Volkes an Präsident Harding.

Die Baltischen undandinavischen Staaten nehmen zu Tausenden unterernährte und ausgewiesene Rußkinder auf.

Es gibt kein Land der Erde, in dem nicht gegen die wahnsinnige Politik Poincarés Front gemacht würde.

Selbst in Frankreich und Belgien treten ehrenhafte Männer öffentlich auf und warnen vor weiteren Gewalttaten der „friedlichen“ Besetzung.

Nur in Polen wurden deutsche Zeitungen angeklagt und verurteilt, weil sie ihrer Sympathie für ihre deutschen Brüder an Rhein und Ruhr Ausdruck geben und weil sie das Verderben erkennen, in das auch der polnische Staat durch diese mittelalterliche Oubertüre des modernen französischen Imperialismus hineingetrieben wird.

Greifstadt Danzig.

England der wahre Beherrscher Danzigs?

Die „Gazeta Odrańska“ berichtet: „In Danziger deutschen Abordnetenkreisen herrscht die sich angeblich auf vertrauliche Mitteilungen aus London stützende Überzeugung, daß England als Ausgleich für die Frankreich in der Ruhrfrage gemachten Zugeständnisse vollständige Handlungsfreiheit in und über Danzig erlangt habe. Diesen Mitteilungen zufolge hat England die Absicht, seinen Einfluß nicht nur in Danzig selbst, sondern auch in allen Ostseehäfen bedeutend zu erweitern. Die letzte offene Unterdrückung der Danziger Interessen durch die Vertreter der englischen Regierung läßt sich nach der hier herrschenden Ansicht nur dadurch erklären, daß die französische Regierung ihre Uninteressiertheit bezüglich Danzigs erklärt habe.“

Deutsches Reich.

Der kritische 29. Juli.

Am Sonntag, dem 29. Juli, dem Tage, an dem im Jahre 1914 Österreich den Krieg an Serbien erklärte, wollten die deutschen kommunistischen und sozialistischen Kreise eine große Kundgebung gegen den Faschismus, d. h. gegen die rechtsradikalen Kreise, veranstalten. Trotz des Demonstrationsverbotes für Preußen wie für die meisten übrigen deutschen Länder wird von linksradikaler Seite mit allen Mitteln weitere Propaganda für den Antifaschistentag getrieben. Wie das bisher in allen ähnlichen Fällen üblich war, lassen die Kommunisten jetzt die Betriebe, natürlich nur diejenigen mit kommunistischer Mehrheit, mit Entschuldigungen aufmarschieren, die gegen das Verbot des Antifaschistentages protestieren und trotz der Verordnungen des Ministeriums des Innern zur Teilnahme an der vorbereiteten Kundgebung auffordern. An der Spitze dieser Entschuldigungen marschieren heute merkwürdigerweise der Bezirksbetriebsrat der Reichsbahndirektion Berlin, dessen Resolution mit dem Aufpruch schließt: „Heraus zum Antifaschistentag — für die Zerlegung des Faschismus — gegen den weißen Terror — für die Befreiung der Arbeiterklasse.“ Es zeugt von einer eigenartigen Auffassung der Betriebsratspflichten, wenn hier der Betriebsrat einer wichtigen Reichsbehörde zum Widerstand gegen eine vom Innenministerium erlassene Verfügung aufruft. Auch in den Eisenbahnbetriebswerkstätten Straßburg wurde in einer Betriebsversammlung eine Entschuldigung angenommen, in der sich die Belegschaft verpflichtet, zur Konsequenz Durchführung des Kampfes gegen den Faschismus geschlossen an der am Sonntag stattfindenden — in Wirklichkeit verbotenen — Kundgebung teilzunehmen, und für sie propagandistisch zu wirken. Ähnliche Resolutionen liegen aus industriellen Betrieben mit stark kommunistischem Einschlag vor. Nach alledem scheint es, als ob die linksradikalen diesbezüglich auf eine Strafprobe ankommen lassen wollen.

Aus leitenden kommunistischen Kreisen wird hierzu bestätigend mitgeteilt, daß die K. P. D. ihre Demonstration am kommenden Sonntag unter allen Umständen durchführen werde.

Das Verbot des preussischen Ministers des Innern ist für die Partei vorläufig noch unwirksam, da Polizeipräsident Richter von Berlin und die ausfindigen Potsdamer Organe die Demonstrationen in ihren Amtsbezirken bisher nicht verboten haben. Da man jedoch mit einer solchen Entscheidung rechnet, findet noch heute eine Sitzung der Parteileitung mit den Groß-Berliner Bezirken statt, in der man sich über die Frage klar werden will, in welcher Weise das Verbot, das zweifellos heute oder morgen zu erwarten ist, umgangen werden kann. Man will seitens der kommunistischen Partei in diesem Fall sich die verfügbaren Säle in Potsdam sichern und man hofft seitens der Eisenbahndirektion Entgegenkommen bei der Befreiung der Massen zu finden, die die K. P. D. glaubt auf die Beine bringen zu können. Sollte auch diese Absicht sich nicht verwirklichen lassen, so sollen im Laufe dieser Woche in den Berliner Betrieben selbst große Kundgebungen gegen den Faschismus stattfinden, die nach Ansicht der K. P. D. nicht verboten werden können, da Versammlungen der Belegschaften keiner Kontrolle unterliegen. Die Reichsbahndirektion hat inzwischen die ursprünglich vorgesehene Verstärkung des Zugverkehrs nach Potsdam auf Grund des Verbotes des Innenministers wieder abgelehnt. Nicht uninteressant aber ist die Mitteilung der K. P. D., daß sie auf jeden Fall für den Sonntag mit Selbstschutz in Potsdam erscheinen wird, da man in leitenden Kreisen der Ansicht ist, daß von rechtsstehender Seite ein Überfall auf die Demonstration versucht werden wird.

Kritik der Berliner Stadtverordneten an der Regierung. In der Donnerstagssitzung der Berliner Stadtverordnetenversammlung kritisierten die Sozialisten, besonders der Abg. Herr die Wirtschaft- und Finanzpolitik der Regierung. Bürgermeister Richter teilte mit, daß sich eine Delegation zum Kanzler Cuno begeben habe, um ihm vorzustellen, daß die Municipalbehörden, falls

die Regierung der gegenwärtigen katastrophalen Lage nicht werde abhelfen vermögen, jede Verantwortung für Vorfälle, die sich ereignen können, ablehnen.

Der Lebensmittelmangel. Vor vielen Lebensmittelgeschäften in Berlin sieht man immer häufiger die vom Kriege her bekannten „Schlangen“ oder „Lebensmittelpolonaisen“. In einigen Stadtteilen sind Geschäfte geschlossen worden. Es fehlt Butter und Margarine. Die Preise steigen unauflöslieh. Die Vorräte an Kolonialwaren sind fast ganz erschöpft, und neue Waren können wegen des Devisenmangels nicht gekauft werden.

Neue Steuern. Die Vorbereitungsarbeiten für die Steuererhöhungen werden in den nächsten Tagen beendet sein. Die Steuerentwürfe gehen heute dem Kabinett zu, so daß sie voraussichtlich zu Beginn der nächsten Woche an den Reichstag über dessen Zusammenkunft noch nichts feststeht, gelangen wird. Geplant ist eine Erhöhung der Vermögens- und Erbschaftsteuer, ferner Erhöhung der Vorauszahlungen auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer, sowie Erhöhung der Ausfuhrabgabe.

Auch 10-Millionen-Scheine sollen demnächst von der Reichsbank ausgeben werden. Bei der Herstellung der drei neuen Millionencheine zu 1, 5 und 10 Millionen hat die Reichsbank mit dem bisherigen System der regulären Banknotenherstellung gebrochen, da deren Herstellung zu langsam ist. Die Reichsbank hat sich dem englischen System zugewandt, das in der Ausgabe sehr primitiver Noten besteht, die nach kurzer Umlaufdauer immer wieder durch neue ersetzt werden. Gegen allzu leichte Nachahmung sind die Noten durch Kupferdruckpapier mit Wasserzeichen geschützt.

Sachsen gegen die Devisenverordnung. Die Nachrichtenstelle der sächsischen Staatskanzlei schreibt: Die neuerlichen Verordnungen über den Devisenverkehr haben das allgemeine Wirtschaftsleben, besonders aber das des freilebenden Sachsen mit seiner konzentrierten Industrie und seiner Bevölkerungsdichte ungemein nachteilig beeinflusst. Wenn auch noch nicht zu verzeichnen ist, daß die strengere Kontrolle den Devisenverkehr und die nur in bestimmten Prozentförmigen erfolgte Zuteilung von Devisen durch die Reichsbank vielleicht das Tempo der Kupfersteigerungen des Dollars etwas verlangsamt haben, so darf doch andererseits die feststehende Tatsache nicht bestritten werden, daß diese Sperremaßnahme auf eine längere Zeit, als das bisher schon ist, für das Wirtschaftsleben lahm tragbar ist. Besonders die Festsetzung des amtlichen Zwangskurses für Devisen, der weit unter dem wirklichen ausländischen Kurs steht, kann nicht länger aufrecht erhalten werden. In Sachsen hat sich die Auswirkung der Devisenverordnung am schmerzhaftesten auf dem Lebensmittelmarkt bemerkbar gemacht, so daß die Gefahr besteht, daß ein Lebensmittelmangel schwerster Art eintreten kann, wenn dem Lebensmittelhandel keine Devisen zur Verfügung gestellt werden. Aus diesem Grunde hat der sächsische Wirtschaftsminister Freitag am vorigen Dienstag sowohl mit dem Reichswirtschaftsminister in Berlin, wie mit dem Präsidenten der Reichsbank, Habsenstein, in Berlin verhandelt. Als Resultat der Besprechungen kann festgestellt werden, daß sich die maßgebenden Stellen in Berlin nicht den Vorstellungen des sächsischen Ministers entgegen haben, sondern auf raschestem Wege den Bedürfnissen des Handels und der Güterproduktion Rechnung tragen wollen, soweit dies unter den gegebenen Umständen überhaupt möglich ist. Eine wesentliche Änderung der bisher geltenden Bestimmungen ist inzwischen bereits erfolgt, und es darf angenommen werden, daß man sich auch rasch überzeugt hat, daß die Zwangsmaßnahmen, die die letzte Devisenverordnung gebracht hat, keine geeigneten Mittel sind, die Schäden, denen man entgegenwirken wollte, zu beseitigen oder zu mindern. Es besteht im Gegenteil die Gefahr, daß durch eine allzu geringe Zuteilung von Devisen besonders auf dem Lebensmittelmarkt eine Warenknappheit eintreten kann, die so groß wird, daß sie zu einer Verteuerung der wichtigsten Lebensmittel und Bedarfsgegenstände führe, wofür die Nachfrage das Angebot außerordentlich übersteigt. Will man den vielen Schäden unseres wirtschaftlichen Organismus wirksam entgegenkommen, so wird man andere Wege beschreiten müssen.

Unternehmung über die Ermordung des Staatsanwalts Dr. Haas in Frankfurt a. M. Für die Ergreifung der Täter, die den Frankfurter Staatsanwalt Dr. Haas erschlagen haben, ist eine Belohnung von 15 Millionen ausgesetzt. Bisher sind 17 Personen verhaftet, deren Fingerabdrücke und Handabdrücke sich auf Gegenständen der ausgeplünderten Wohnung des Ermöglichten vorgefunden haben.

Kein Ende des Streiks der Nordseefischer. Die Verhandlungen mit den streikenden Fischern an der Nordsee sind trotz des Eingreifens des Arbeitsministers ohne Erfolg verlaufen. Der Streik dauert schon seit dem 28. Mai.

Streik im sächsischen Industriegebiet. Die Arbeiter der Gruben Zwickau, Delitzsch und Lugau in Sachsen sind in den Streik getreten.

Verurteilung wegen Anstiftung zur Ermordung Scheidemanns. In der Verhandlung von dem Münchener Volksgericht gegen den Schriftsteller Franz von Pußkammer wegen Anstiftung des inzwischen ermordeten Karl Bauer zur Ermordung des Oberbürgermeisters Scheidemann beantragte der Staatsanwalt 8 Monate Gefängnis. Der Verteidiger ersuchte um Freisprechung. Das einstimmig gefällte Urteil lautete dahin, daß der Angeklagte eines Vergehens der Aufforderung zum Mord in Tateinheit mit einem Versuch der Aufforderung zur Gewalttätigkeit gegenüber einem Regierungsmittglied schuldig erkannt und zu 8 Monaten Gefängnis und 500000 Mark Geldstrafe und Tragung der Kosten verurteilt wurde. Aus der Urteilsbegründung geht hervor, daß das Gericht annimmt, Pußkammer habe, um sich des Studenten Bauer möglichst lange als Informationsgenossen zu sichern, die Dinge auf die Spitze getrieben und dadurch das Leben Scheidemanns gefährdet. Ebenso wie er habe auch der Staatskommissar in Berlin es unterlassen, obwohl er durch die Verhaftung Pußkammers in Kenntnis von dem Attentatsplan sich befand, die Polizei in München und Augsburg, wo sich Scheidemann in der kritischen Zeit befand, zu verständigen.

Neue große Synagoge in Berlin. In Berlin-Halensee wird seit einigen Jahren an einer Großsynagoge gebaut, die nunmehr fertig ist und am 31. August eingeweiht werden soll. Sie enthält 1500 Plätze und soll den Namen „Friedenstempel“ tragen.

Zunehmende Uebertritte zur evangelischen Kirche. Die Uebertrittsbewegung zwischen der evangelischen und katholischen Kirche in Deutschland hat, wie der Evangelische Pressedienst meldet, nach einem Erblahmen während des Krieges in den letzten Jahren wieder ein rasches Tempo angenommen. Und zwar ist wie der Leiter des Kirchenstatistischen Amtes des Deutschen Evangelischen Kirchenbunds, D. Schneider, nachweist, in jedem Nachkriegsjahr — die Statistik reicht bis 1921 — die Zahl der zur evangelischen Kirche über tretenden Katholiken weit größer gewesen als umgekehrt die Zahl der zur katholischen Kirche über tretenden Evangelischen. Und von Jahr zu Jahr ist der evangelische Uebertritt gewachsen; er betrug im Jahr 1921 nicht weniger als 3419 Seelen, 1000 mehr als im Vorjahr. Auf je 100000 Katholiken kamen 1920 5701 Uebertritte zur evangelischen Kirche, auf je 100000 Evangelische 22,57 Uebertritte zur katholischen Kirche; 1921 hat sich die Differenz noch vergrößert.

Austauschstudenten in Deutschland. In diesen Tagen traf eine Gruppe deutsch-katholischer, lutherischer und eistlicher Studenten in Berlin ein, die als Austauschstudenten einen sechsmonatigen Ferienaufenthalt in Deutschland nehmen werden. Die ausländischen Gäste sind aber ganz Deutschland in Städten wie Berlin, Breslau, Dresden, München, Nürnberg verteilt. Mitte August werden die deutschen Studenten, die die ausländischen

Gäste in ihren Familien aufgenommen haben, ihrerseits für sechs Wochen nach Estland bzw. Lettland reisen.

Die Königin von Schweden am Grabe Schlageters. Die Königin von Schweden hatte gelegentlich ihres Aufenthalts in Baden der Familie des von den Franzosen erschossenen Schlageter einen Besuch ab. Die Königin von Schweden weilte längere Zeit am Grabe des erschossenen Schlageter.

Aus aller Welt.

Goldfunde in Böhmen. In dem Gebiet an der böhmisch-sächsischen Grenze bei Aussig standen in früherer Zeit Silber-, Nickel-, Kobalt- und Bleigruben in Ausbeute und ergaben befriedigende Resultate. Der Wert der Edelmetalle und die Not an Gebrauchsgeld und Legierungsmaterial haben nun vor kurzem eine Gesellschaft veranlaßt, nach eingehenden Untersuchungen über die Abbaufähigkeit der Silbergruben in dem Kreise Schmiedeberg-Weigert diese neu zu erschließen. Der Abbau an Silber und Erzen ist, soweit er sich schon heute überblicken läßt, erfolgreich; am interessantesten ist es aber, daß in den feinerzeit stillgelegten Bergwerken jetzt bedeutende Goldfunde gemacht worden sind.

Der Zusammenbruch der Bohemia-Bank. In einer außerordentlichen Generalversammlung der verfallenen Bohemia teilte der Liquidationsausschuß mit, daß er auf Unehrlichkeiten führender Beamter gekommen sei. Es mußten ein Direktor und einige Beamten der Zentrale sofort entlassen werden. Gegen einen Fiktaldirektor und einige Beamten wurde das Strafgerichtverfahren eingeleitet. Nach dem vorgelegten Liquidationsbericht betragen die Passiven 392 Millionen tschechische Kronen, die Aktiven 200 Millionen tschechische Kronen, so daß der Verlust 192 Millionen tschechische Kronen beträgt.

Die österreichische Wahlreform. Der Wiener Verfassungsausschuß genehmigte die Wahlordnung für den Nationalrat gemäß dem Beschluß des Unterausschusses, der ein Kompromiß darstellt. Der Nationalrat wird danach aus 165 Abgeordneten zusammenge setzt sein. Die Wahlen finden in zwei Ermittlungsverfahren statt. Von der Einführung der obligatorischen Wahlpflicht für das ganze Bundesgebiet wurde Abstand genommen, doch wird die Wahlpflicht in einzelnen Ländern vom Beschluß des betreffenden Landtags abhängig gemacht. Die Wahlen, deren genauer Termin im Einvernehmen mit dem Hauptauschuß festgesetzt werden soll, sollen im Oktober stattfinden.

Russland und die Alkoholbekämpfung. Das Syndikat der Wirtschaft- und Restaurantbesitzer des Liboli, das sich dem faschistischen Syndikat von Lattum angeschlossen hat, beschloß kürzlich, die Lokale jeden Sonntag von 8 Uhr an für den Weinverkauf zu schließen. Der italienische Ministerpräsident hat daraufhin folgendes Telegramm an das Syndikat gerichtet: „Ich lese Ihren Beschluß über die Schließung der Wirtschaften am Sonntag. Ich stimme ihm voll und ganz zu. Sie haben eine schöne Handlung vollbracht, eine Geste der Disziplin, der Würde und der bürgerlichen Moral. Der Mißbrauch von Wein und Likör soll nicht weiter die Degenerierung der Rasse fördern. Ich drücke Ihnen meine volle Sympathie aus und verbitte Sie, daß die Regierung auf Grund Ihrer Initiative allgemeine Maßnahmen in diesem Sinne treffen wird.“

Spanische Klagen über Frankreich. Die spanischen Weinbauer erklären, sie zögen den Bruch der Handelsbeziehungen mit Frankreich der Fortsetzung des jetzigen Zustandes und der ständigen Bekämpfung vor, welche der böse Wille und die Haltung der französischen Konkurrenz auf die spanische Landwirtschaft ausübt.

Amstursgefahr in Griechenland. Nach einer Meldung des „Matin“ aus Belgrad seien dort Nachrichten aus Saloniki eingetroffen, wonach in Griechenland eine große republikanische Bewegung im Gange sei. Einige königstreue gebliebene Regimenter seien in Athen zusammengezogen worden, um einen Staatsstreich zu verhindern. Das Zentrum der republikanischen Organisation sei Saloniki. An der Spitze der Bewegung stünde Venizelos.

Neues vom Tage.

Bayrische Getreidefälscher. Der Bauer Matthias Braun und sein Schwager Poppinger von Oberndorf in Oberbayern, die ihrem abgelieferten Umlagegetreide bis zur Hälfte nassen Sand beigemischt hatten, wurden wegen Betruges und Vergehens gegen das Nahrungsmittelgesetz zu einem Jahr vier Monaten Gefängnis bzw. zu 4 1/2 Monaten Gefängnis verurteilt.

Schlichteit. In München hat ein Bankkassierer zwei Damen beim Wechseln von 200 rumänischen Lei 1 1/2 Millionen Mark zu viel bezahlt. Auf Grund einer um Milderung ersuchenden Zeitungsnachricht ist tatsächlich auch die namenlose Ueberweisung des Betrages an die Bank erfolgt.

Kurioses von heute. Der „Kölner Stadtanzeiger“ berichtet: Am 25. Mai kaufte in einem hiesigen Pelzhaus ein Beamter für seine Frau einen Pelz, der 600000 Mark kostete. Es wurden 100000 Mark angezahlt und der Pelz zurückerstattet. Der Rest sollte innerhalb eines Monats gezahlt werden. Am 25. Juni er schloß das Ehepaar mit dem Restbetrag, und der Beamte erzählte, wie schwer es ihm gemordet, die 500000 M. zusammenzubringen. Der Geschäftsinhaber bemerkte dazu: „Die Pelzpreise steigen fortwährend. Sie sind an den Kauf nicht gebunden. Wenn Sie auf den Pelz verzichten, zahle ich Ihnen noch eine halbe Million heraus.“ Das Ehepaar glaubte zunächst an einen Scherz, und als der Pelzhändler die 500000 M. auf den Ladentisch legte, sagte die Frau: „Zurück, das machen wir.“ Der Beamte steckte die halbe Million ein und beide verließen um 500000 M. reicher das Pelzhaus.

Die Gebeine des hl. Martin geraubt. Nach einer Pariser Meldung drangen Kirchenräuber in die Kirche Saint Martin des Champs ein und stahlen die Gebeine des heiligen Martin.

Wiedererwachen eines rumänischen Vulkanes. Nach einer Meldung aus Bukarest in ein Vulkan, der seit hundert Jahren erloschen war, nämlich der Caliman, wieder in Tätigkeit getreten.

Die größte Aeroplan-Bombe der Welt. Die Amerikaner haben Versuche angestellt über die größte Aeroplanbombe, die bis heute hergestellt worden ist. Sie wiegt 1950 Kg., ist über 4 Meter lang und hat einen Durchmesser von 16 Zentimeter. Diese Bombe hat Torpedoförmig und ist mit einem Zeitmesser versehen, auf dem man ganz genau den Zeitpunkt der Explosion festsetzen kann. Das Flugzeug, das die Bombe bei den Versuchen fallen ließ, schwebte in diesem Augenblick um 6 Meter in der Höhe. Die Bombe schlug drei Meter tief in den Boden ein, bohrte einen Krater von 20 Meter Durchmesser und zertrümmerte die Erdoberfläche in einem Umkreis von 800 Meter.

Ein Denkmal für den Erfinder der Schreibmaschine? In Portimo (Vereinigte Staaten) hat soeben die feierliche Enthüllung des Denkmals für den Erfinder der Schreibmaschine, Christoforo Latham Sholes stattgefunden.

Auffindung eines Goldschätes. Während in Catania Arbeiter Räumungsarbeiten vornahmen fand ein Kind in dem guttate geformten Geröll zwei Bronzestatuen, die 800 Münzen in Gold aus dem dritten Jahrhundert vor Christi Geburt enthielten. Ein Numismatiker der Gegend hat erklärt, daß der Wert des Schatzes mehrere Millionen Franken betrage.

Ein Opfer des Artistenberufes. Ein chinesischer Artist, der seit einer Reihe von Jahren die Welt bereist und sich mit seinem Popsi an einem Drahtseil zum Boden der Arena hinabgleiten läßt, ist in der Tschekoslowakei seinem Kunststückchen zum Opfer gefallen. Bei einer Vorführung in Budweis wurde ihm der Popsi samt der Kopfhaut abgerissen. Der glücklicherweise nicht starb kurze Zeit darauf im Krankenhaus.

für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme an dem Hinsange unseres geliebten Entschlafenen sage ich allen, auch für die vielen herrlichen Blumenspenden,

innigsten Dank.

Im Namen aller Hinterbliebenen
Minna Wernicke,
geb. Mau.

Wernickeshof, im Juli 1923.

Wir bieten, sehr gut erhalten, antiquarisch zum Kaufe an:
Friede sei mit Euch!

Preigten und kurze Andachten für alle Sonn- u. Festtage des Kirchenjahres. Mit Illustrationen aus dem Leben Jesu und einem Anhang von Gebeten für alle Verhältnisse des Lebens.
Gesammelt und herausgegeben von **Ferdinand Gräbner**
Pfarrer in Neuhardenberg.

Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A.,
Poznań, Zwierzyniecka 6.

Zahn-Atelier

W. Dzielinski (vorm. C. Sommer)
plac Wolności 5. [2076 b]

Pappdächer u. a.
repariert, feert und erneuert unter Garantie
G. Benedix, Dachdeckermeister,
Tel. 1837. Poznań, Towarowa 21 a. Begr. 1869.

Verkauf von Grundbesitz,

wie: Güter, Bauernwirtschaften, Wohn- und Geschäftshäuser, Villen, Landhäuser mit Parkgärten, industrielle Unternehmungen usw. ohne Vorbehalt, streng reell, diskret und schnell.

Carl Stoll, Berlin SW. 61, Tempelhofer Ufer 3a.
Telegraphisch: Walsdorf, Berlin. [8260]

Metallgroßhandlung mit Grundstück u. möbl. 5 Zimmerwohnung 3500 Dollar, in Berlin.

Brauerei mit Restaurant in Schlesien 900 000 Goldmark, am Bodensee, 150 000 Goldmark, sowie andere Mühlen und Sägewerke usw. in Deutschland sofort durch

Carl Stoll, Berlin SW. 61, Tempelhofer Ufer 3a, zu verkaufen. [8259]

Geld

verleiht im Lombardwege

Warrant Gronowski, Poznań,
ulica 27. Grudnia 11. Tel. 22-66.



Wolle

zahl für

Wolle gewaschene Zentr. bis 6 000 000 Mr.
Schmutzwolle Zentr. bis 4 200 000 Mr.

Fischotterfelle bis 2 000 000 Mark

Marderfelle bis 1 500 000 Mark

Fuchsfelle bis 900 000 Mark

Nur Winterware, beste Qualität, wird gekauft.

Reichswanzenhaare Rilo bis 100 000 Mark

Bienenwachs Rilo bis 30 000 Mark

Woll- u. Fellhandlung

Poznań, sw. Marcin 34, seit 20 Jahren ansässig

20 sehr gut erhaltene

Spiritusfässer

a 500—600 Lit. abzugeben.

Gest. Angebote unt. 8284 an die Geschäftsstelle d. Blattes erb.

Neue Arbeits- und Kutschgeschirre

empfehlen in bester Ausführung

Razer, Sattlerei, Poznań, ul. Szewska 11.



Disconto-Gesellschaft Berlin

Bankmässige Geschäfte aller Art.

Zahlreiche Zweigniederlassungen in Deutschland.

Bilanz am 31. Dezember 1922 *).

Aktiva.		Passiva.	
Nicht eingezahltes Kommandit-Kapital	217 500 000	Kommandit-Kapital	900 000 000
Kasse, fremde Geldsorten, Coupons und Guthaben bei Noten- und Abrechnungsbanken	12 679 088 164	Allgemeine (gesetzliche) Reserve	597 950 000
Wechsel u. unverzinsliche Schatzanweisungen	41 254 333 676	Besondere Reserve	2 120 000 000
Notenguthaben bei Banken und Bankfirmen	122 619 281 481	Bau-Reserve	80 000 000
Reports und Lombards gegen börsengängige Wertpapiere	141 063 765	Gläubiger	278 736 613
Vorschüsse auf Waren u. Warenverschiffungen	6 108 240 880	Akzepten	787 877 343
Eigene Wertpapiere	258 035 138	Wohlfahrts-Einrichtungen	7 695 840
Konsortial-Beteiligungen	683 431 036	Noch nicht abgehobene Gewinnanteile der früheren Jahre	2 144 057
Beteiligung bei der Norddeutschen Bank in Hamburg	60 000 000	250% Gewinnanteil auf M. 610 000 000 Kommandit-Anteile	1 525 000 000
Beteiligung bei dem A. Schaaffhausen'schen Bankverein A.-G.	100 000 000	Gewinnbeteiligung des Aufsichtsrats	121 670 270
Dauernde Beteiligungen bei anderen Banken und Bankfirmen	187 187 582	Gewinnbeteiligung der Geschäftsinhaber, Direktoren, Prokuristen und Angestellten	1 134 914 828
Schuldner in laufender Rechnung	101 542 820	Uebertrag auf neue Rechnung	7 778 884
Wertpapier-Bestände der Pensionskasse und der Stiftungen	5 283 841		
Einrichtung	1		
Bankgebäude	69 859 500		
Sonstige Liegenschaften	5 516 510		
	285 931 645		285 931 645

*) Die Bilanz enthält nicht den Vermögensstand unserer Londoner und Metzger Niederlassungen.

Gewinn- und Verlust-Rechnung 1922).**

Soll.		Haben.	
Verwaltungskosten	6 218 040 184	Vortrag aus 1921	7 224 179
Steuern	2 115 638 170	Effekten	842 235 466
Zu verteilender Reingewinn	4 789 363 982	Provision	4 499 874 604
		Wechsel und Zinsen	7 474 565 989
		Beteiligung bei der Norddeutschen Bank in Hamburg	120 000 000
		Beteiligung b. d. A. Schaaffhausen'schen Bankverein A.-G.	150 000 000
		Dauernde Beteiligungen bei anderen Banken und Bankfirmen	29 142 096
	13 123 042		13 123 042

**) Die Gewinn- und Verlust-Rechnung enthält nicht das Ertragnis unserer Londoner und Metzger Niederlassungen.

Direction der Disconto-Gesellschaft Berlin.

Der Gewinnanteilschein Nr. 97 unserer Kommanditanteile wird mit

M 1500 für die Stücke von 600 Mark,

M 2500 für die Stücke von 1000 Mark,

M 3000 für die Stücke von 1200 Mark

vom 25. Juli 1923 ab

in den Vormittagsstunden von 9—12 Uhr bezahlt

bei der Direction der Disconto-Gesellschaft in Berlin
der Norddeutschen Bank in Hamburg oder
dem A. Schaaffhausen'schen Bankverein A.-G. in Köln
oder in

Posen bei der Direction der Disconto-Gesellschaft
Filiale Posen

sowie bei sämtlichen Filialen oder Zweigstellen der vorgenannten Banken an anderen Plätzen.

Berlin, den 24. Juli 1923.

Direction der Disconto-Gesellschaft.



Die weltberühmten
Dampf-Dreschgarnituren
sind wieder zu haben.

Generalvertretung:

Nitsche i Sp., Maschinenfabrik
in Posen,
sw. Marcin 33.

Alle Kinderwagen und Verdecke

werden neu bezogen und repariert

Sattlerei ul. Szewska 11, Poznań.

Verkaufe Gold

an den Waiskinderen. Angeb.

u. 8301 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Einheirat für Drogisten.

Suche für meine Schwester, tüchtige Drogistin, 27 Jahre alt, gesund und lebensfähig, musikalisch, passenden evang.-deutscher Lebensgefährten. Bedingung: Reichthum. — Gest. Zuschriften unter 8283 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.



Wohnungen

Tauschgesuch!

Tausche Laden mit zwei Zimmern u. Küche in Berlin mit ebensolcher oder vier Zimmerwohnung in Poznań. Zu ertragen Bestpreis, Lazarska 4. [8231]

Wohnungstausch!

Tausche Stube u. Küche mit Möbel in Berlin gegen ebensolche in Poznań. Näh. b. Grundmann, Glogowska 85.

Junggeselle,

39 Jahre alt, evang., 300 Mk. sucht die Bekanntschaft einer

jungen Dame zwecks Heirat;

junge Witwe mit Kindern nicht ausgeschlossen. Am liebsten Einheirat in ein Geschäft oder eine Wirtschaft. Angeb. m. Bild u. 8303 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Egl. Mädchen wünscht

mit geb. Herrn (am liebsten Inspektor) in Briefwechsel zu treten zwecks Heirat. Gest. Zuschriften u. A. B. 8308 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Achtung!

Neue Transporte in

1767

Braunkohle - Britetts,

bekannter Güte, Marke Kaiser usw. Format: Salon treffen dieser Tage in Poznań ein.

Im Hinblick auf die überaus starke Nachfrage empfehlen wir schon jetzt sich den Bedarf zu reservieren.

Górnoślaskie Przedsiębiorstwo Węglowe

Poznań, Waly Zygmunta Augusta Nr. 3-II.

Telephon 1296 u. 3371. Tel.-Adr.: Wegleslaskie.

Grubenhölzer

kauft jede Menge und erbittet Offerten

W. Grzesiak i Ska., Holzhandlung,

Poznań, Tama Garbarska 4/5.

Kiefern-Bretter,

23, 30, 35 und 40 mm, gesunde, trockene

Ware, kauft und erbittet Offerten

W. Grzesiak i Ska., Holzhandlung,

Poznań, Tama Garbarska 4/5.

Warschau 445.→

Wirtschaftszeitung des Posener Tageblatts.

Die Finanzen Litauens.

Der litauische Sejm hat sich mit seiner bedeutendsten Aufgabe, mit der Regelung des Budgets für das laufende Jahr, zu befaßen begonnen, da der erste Sejm aufgelöst werden mußte und das Budget nicht mehr verabschieden konnte. Finanzminister Petruskevičius legte dem Parlamente in einer längeren Rede die finanzpolitischen Aufgaben Litauens dar. Er fand mit seinem Programm fast einstimmigen Beifall. In runden Ziffern beträgt das litauische Budget 200 Millionen Litas (20 Millionen Dollar), wobei sich Ausgaben und Einnahmen decken. Die ordentlichen Einnahmen betragen ca. 165 Millionen Litas, der Rest von 35 Millionen fällt auf die außerordentlichen Einnahmen, wie z. B. Verkäufe aus den Staatsforsten, aus freischendenden Ländereien usw. Die Ausgaben belastet die Landesverteidigung am meisten mit einem Viertel des Budgets.

Vitauens Staatsschulden sind verhältnismäßig unbedeutend. Den größten Posten mit rund 5 Millionen Dollar, zu 6 Prozent verzinslich, schuldet es den Vereinigten Staaten von Nordamerika, dazu kommen noch 1½ Millionen Dollar, die die litauischen Emigranten in Amerika für die Freiheits-Anleihe gesammelt haben, eine Summe, die bis 1924 bezahlt werden muß. An zweiter Stelle schuldet Litauen England 17 000 Pfund Sterling zu 6 Prozent. Diese Schuld ist kurzfristig und muß bis 1925 getilgt sein. Die litauische Staatsschuld an Frankreich beläuft sich auf nur 700 000 Franken, aber diese Summe ist nicht endgültig, da neue Berechnungen über die Remelverwaltung hinzukommen werden. Was endlich Deutschland anbehtrifft, so ist das Schuldverhältnis durch gegenseitige Verrechnungen im kürzlich abgeschlossenen Handelsvertrage ausgeglichen worden. — Der Finanzminister betonte, daß Litauen zu den Staaten gezählt zu werden wünsche, die ihren äußeren und inneren Schuldverpflichtungen pünktlich nachkommen.

Da im Laufe des letzten Jahres der Übergang Litauens von der schwebenden papiernen Markhalbta zu festen Goldmünzen der Litas (1 Lit = $\frac{1}{10}$ Dollar) stattgefunden hat, so galt es natürlich, enorme finanzielle Schwierigkeiten zu überwinden. Besonders der Export mußte darunter leiden, da Litauen den gewohnten benachbarten deutschen Markt seiner hohen Währung wegen fast gänzlich verlor und neue Absatzgebiete suchen mußte, eine Aufgabe, die sich nicht in wenigen Monaten erfüllen läßt. Dennoch ist die Handelsbilanz nicht so passiv, wie man es hätte vermuten sollen. Für den Januar und Februar importierte Litauen für etwa 20 Millionen Litas und exportierte für 14½ Millionen, im Laufe der letzten Monate ist das Verhältnis besser geworden.

Eines der größten Hemmnisse für das Aufblühen des wirtschaftlichen Lebens bilden augenblicklich die sehr schwierigen Kreditverhältnisse. Ein Wechselkredit von 60—72 Prozent, selbst bei Sicherstellung des Wechsels durch Waren, ist gebräuchlich. So hohe Zinsen können aber nur für Spekulationszwecke unbedenklich bezahlt werden. Solide Unternehmungen müssen ihre Produktion einschränken. Was nun den Handel betrifft, so fällt es ihm schwer, sich von den Spekulationsmethoden, die während der wilden Schwankungen der Marktwährung in Litauen erflächlich waren, freizumachen und zu normalen Handelsgewohnheiten überzugehen.

Die kaiserliche Emissionsbank hat etwa 50 Millionen Ritas in Banknoten ausgegeben, die nicht nur voll, sondern mit Überschuß durch Gold und kostbare Metalle, die in den Gewölben der Bank lagern, gedeckt sind. Die Emissionsbank wäre gesetzlich berechtigt, um ein Drittel mehr, als sie dafür Metallbedeckung besitzt, Papiergeld auszugeben, aber hinsichtlich der sie umgebenden Salutaritätsfragen in Deutschland und in Polen scheint ihr eine ganz besondere Vorsicht geboten zu sein. Dazu kommt, daß im Lande selbst viele fremde Raluten, namentlich Dollarnoten, vorhanden sind, die überall *à pari* kursieren. Seit dem Sturz der Markwährung in Lande wird dem Dollar aber noch immer eine Art von Feststellung gewährt, der heute gar keine Berechtigung mehr hat, der aber sehr schwer anzurotten ist. Man gibt eben lieber Ritas als Dollar aus! Dieser Mißstand wird natürlich mit der Zeit gehoben werden.

Der Finanzminister Petrusis sprach sich in seiner Parlamentarische gegen eine Änderung der hochfahigen Emmissionspolitik der Reichsbank aus. Die Geldschwierigkeiten finden seiner Meinung gemäß ihre Wurzeln nicht im Mangel an flüssigen Mitteln, sondern in den Kreditverhältnissen. Eine Anleihe in England stünde in Verhandlung. Das litauische Budget dürfte mit der erdrückenden Mehrheit von 70 gegen die 8 Stimmen der Sozialdemokraten angenommen werden.

Posener Börsenbericht.

Im Laufe dieser Woche hat sich an der Wiener Börse wieder eine ziemlich energische Aufwärtsbewegung fast aller Papiere bemerkbar gemacht. Lediglich die Konstantin blieben im Vergleich zur verflossenen Woche stabil. Es ist anzunehmen, daß im Verlauf der kommenden Woche in einer gewissen Beziehung ein Nachgeben stattfinden wird, weil, wie bekannt, um den Ultimo herum größere Zwangsverkäufe stattfinden. Zu Beginn dieser Woche setzte das Interesse ziemlich stark ein, bei einem großen Teil der Papiere sogar hauffeartig, doch diese Bewegung war nicht von Dauer; denn in den letzten beiden Tagen gaben verschiedene Papiere ziemlich nach. Ein Zeichen, daß es sich nicht um ein festes Interesse, sondern lediglich um eine Augenblicksspekulation handelte. Die eigentliche Bewegung, wie wir sie nach dem Börsenzeitel verfolgen können, stellt sich etwa folgendermaßen dar:

Wie bereits gesagt, machten die Bankpapiere keine großen Fortschritte. Die großen Banken, wie z. B. die Bank Handlowy, die sich in der vergangenen Woche in gerader Linie aufwärts bewegten, setzten zu Beginn mit 25 000 ein, erzielten vorübergehend etwas darüber und waren am Schluß der Woche mit 20 000 angeboten. Bank Smolecki blieben etwa seit zehn Tagen auf 20 000 fest. Bank Przemyslawicow haben nur ganz vorübergehend mehr als 20 000 erreicht und waren am Schluß der Woche mit 20 000 zu haben. Von den kleineren Banken haben Bank Minarski eine recht gute Entwicklung durchgemacht. Sie setzten mit 2500 ein und brachten es bis auf 5500, stiegen also um 100 Prozent. Bank Swiatly Spółki waren am Anfang der Woche noch mit 50 000 zu haben und wurden zuletzt mit 60 000 gefragt.

Die Industriepapiere haben sich ziemlich verschieden entmickelt, zu einem ziemlich starken Prozentfuß jedoch recht erheblich erhöht. Nicht großes Interesse war für Cukrowanna Duna, die gleich zu Beginn der Woche mit 900 000 gehandelt worden sind, zeitweise 1 000 000 erreichten und am Schluß der Woche auf 950 000 fest blieben. Duka, die schon am Schluß der vergangenen Woche nicht zu haben waren, wurden am Montag mit 1 100 000 gehandelt, erreichten den Kurs von 1 350 000 und waren am Schluß der Woche überhaupt nicht mehr zu haben. Roman Maj machte ebenfalls eine stürmische Aufwärtsbewegung mit. Noch in der vergangenen Woche mit 370 000 zu kaufen, setzten die Aktien zu Beginn mit 900 000 ein, erzielten vorübergehend sogar 800 000 (inoffiziell sogar noch mehr), wurden jedoch am Schluß der Woche wieder mit 650 000 angeboten. Wognazka Spółka Drzewna wird ebenfalls viel gehandelt und erzielte einen nennenswerten Kurs. Noch in der vergangenen Woche mit 55 000 zu haben, kletterten sie über 65 000 vorübergehend auf 80 000 und waren am Schluß der Woche mit 70 000 zu haben. Starogardzka Fabryka Wehli, die den in der vergangenen Woche erzielten Kurs von 40 000 bis etwa Mitte der Woche halten konnten, gaben am Schlußtage auf 35 000 nach. Włocława setzten mit 100 000 ein, erreichten vorübergehend 120 000 und mehr und blieben am Schluß bei 95 000 fest. Wiska, die in der vergangenen Woche an den letzten Vorkestagen mit über 260 000

nicht mehr zu haben waren, haben am Schlusstage auf 220 000 nach. Brodwar Krotzohäski zeigten mit 290 000 ein und wurden am Schluß mit 250 000 gehandelt. Coplana flandern vorübergehend auf über 30 000 und find am Ende der Woche auch mit 30 000 zu haben. Große Schwankungen hat dieses Papier seit den letzten vierzehn Tagen nicht erlebt. Pandoiski, noch in der vergangenen Woche mit 16 500 zu haben, zeigten mit 18 000 ein und brachten es bis auf 25 000. Samatia waren wenig zu haben, wurden jedoch mit 60 000 in geringeren Umfange gehandelt, haben also im Vergleich zur vergangenen Woche eine 50prozentige Steigerung durchgemacht. Tri-Aktien hielten sich auf 35 000 fest.

Vermuthungen für die kommende Woche zu äußern ist, da sich die Dinge stündlich ändern können, nicht möglich. Daß ein großer Sturz der Papiere erfolgen wird, ist jedoch zweifelhaft. Unterrichtete Kreise glauben, daß die Stimmung an der Börse auch weiterhin stark interessiert sein wird.

Sandel.

7 Refordansruhe von tschechischem Eisen im Juni. Der Monat Juni hat der Tschechoslowakei die größte Eisenausfuhr seit dem Bestehen der Republik gebracht. Es gingen beinahe 6000 Waggons Eisen und Eisennarren im Werte von 100 Millionen Kronen, das sind rund 3 Millionen Dollar, ins Ausland. Dieses Ergebnis ist nur der Zahmeniegung des Ruhrkrisis, des größten Eisenerferanten des Kontinents, zuzuschreiben. Das Eisen und die ihm nächstverwandte Branche, die Steinkohle, haben „Ruhr-Konjunktur“, d. h. sie können nach ½ langen dünnen Jahren wieder eine Zeitlang vorzügsmäßig arbeiten. Würde die Ruhr noch mitkonkurrieren, so wäre es den Tschechen unmöglich, heute noch die alten Mengen im Osten unterzubringen. Tschechiens beste Kundschast ist Polen, das aber selbst in Oberflächigen mehr Eisen macht als Tschechien, also kein sicherer Dauerkunde ist. Ob Polen, sobald die deutsche Konkurrenz einsetzt und seine eigenen Werke zum Stillgerarbeiten abgibt, von der Tschechei noch viel beziehen wird, ist reichlich fraglich. Dann kam einmal Rumänien. Dort haben die Tschechen aber in den letzten Monaten, seitdem die Engländer wieder billiger wurden, viel verloren. Aus Süßlawien ist die Tschechoslowakei fast ganz verdrängt. Österreich exportierte im ersten Vierteljahr 1923 elfmal so viel Eisen und Eisennarren nach S. L. S. als die Tschechei. Ungarn kauft erst etwas mehr, seit es von den Deutschen nichts bekommt. Auch hier sind die Österreicher bora. Deutschland war vor dem Kriege der größte Eisenerporteur der Welt und hatte darin sogar England geschlagen. Heute führt Deutschland mehr Eisen ein als aus. Seine Einfuhr betrug im April 15 430 Waggons. Daran war die Tschechei mit 2360 Waggons beteiligt. Deutschland ließ sich während der Unterbindung seiner Eisenindustrie von der Tschechoslowakei, in viel größerem Umfange aber noch von England (6500 Waggons), Polen (5000 Waggons) und Österreich (1500 Waggons) das Material zur Beschäftigung seiner Feinindustrie liefern. Die Tschechoslowakei stand erst an dritter Stelle unter den Lieferanten. Auch dieses Geschäft bleibt der Tschechoslowakei so lange, als die Franzosen an der Ruhr stehen, es hört auf, sobald sie weggehen. Dann liefert wieder Deutschland nach der Tschechoslowakei herein und nach Österreich und Polen und nimmt den Tschechen den ungünstigen Markt auch wieder weg.

Wirtschaft.

3. Die indirekten Steuern Polens im Jahr. Nach offiziellen Statistiken hat der polnische Staatsschatz von Juni an indirekten Steuern 129 253 670 000 polnische Mark eingenommen. Das bedeutet gegenüber Mai eine Mehrerinnahme von 43½ Milliarden. Diese Mehreinnahme entspricht jedoch keineswegs der Größe der Selbstentwertung. Den höchsten Posten hat die Alkoholfsteuer eingebracht mit 39 Milliarden, dagegen die Kohlensteuer nur 22½ Milliarden.

2. Deutschland und die landwirtschaftliche Ausstellung in Moskau. Im August und September wird in Moskau die Ausstellung für Landwirtschaft und Heimindustrie stattfinden, wie es scheint unter reger Beteiligung des gesamten Auslandes. Sehr stark ist das Interesse, das von deutscher Seite der Veranstaltung entgegengebracht wird. So werden folgende Zweige der deutschen Industrie vertreten sein: landwirtschaftliche Geräte, Elektrotechnik, chemische Industrie (Düngemittel, Pharmaceutik, Farbstoffe, physikalisch-chemische Industrie), optische Industrie, Holzbearbeitung und Lederindustrie. Unter den Ausstellern befinden sich Firmen wie: A. G. O., Krupp, Sac. Merz, Haumann, Siemens u. Schuckert, Königsberger Vereinigung der Holzbearbeitungswerke, u. a. m. Der deutsche Generalde Graf Brockdorff-Rantzau befehligt kürzlich das Ausstellungsgebiet und sprach sich anerkennend über die dort geleistete organisatorische und technische Arbeit aus. Wie mitgeteilt wurde, genießen die an der Ausstellung teilnehmenden deutschen Firmen freier Exponate ohne weitere Schwierigkeiten erhalten.

Industrie.

Stinnes in Oberschlesien und Polen. Gegen eine Zirkulation des Stinnes-Kongerns bzw. des deutschen Kapitals in der polnischen Wirtschaft und Industrie plant man, nach einer Zirkulation von polnischer Seite aus Warschau an den Neuen Notendruck Courant, gesetzgeberische Maßnahmen. In der Zukunft wird darauf hingewiesen, daß die Verhältnisse in der ober-schlesischen Industrie in der letzten Zeit einschneidenden Veränderungen unterworfen waren. Während bisher der Grund hierfür hauptsächlich in den durch die Leistung Oberschlesiens geschaffenen Verhältnissen zu suchen gewesen sei, die dazu geführt hätten, daß für die in dem polnisch erworbenen Teil Oberschlesiens gelegenen Industriewerke neue selbständige juristische Unternehmen gebildet worden seien, seien die fehlenden Veränderungen in der Gruppierung der Betriebe eine Folge der fortschreitenden Vertrautheit der deutschen Industrie, die seit einiger Zeit auch auf die ober-schlesischen Unternehmungen übergriffen habe. Von den Bestrebungen, englischen und französischen Kapital überwiegenden Einfluß auf die ober-schlesischen Unternehmen zu verschaffen, habe man in der letzten Zeit wenig mehr gehört. Der Schwerpunkt scheine sich vielmehr nach Wien zu verschieben. Die Verhandlungen mit dem Wiener Bankier Bosel wegen Übernahme der Aktienmehrheit der Kattowitzer Bergbau-A.-G. seien allerdings schließlich abgebrochen worden durch das Dazwischentreten der mächtigen Stinnes-Gruppe, welche die Mehrheit der Aktien der Bismarckhütte und der Kattowitzer A.-G. erworben und durch Umtausch von Aktien mit der Königs- und Laurabütte verbunden habe. Die Letztere stehe unter der Kontrolle des österreichisch-ungarisch-polnischen Kongerns Bosel-Weinmann, auf den Stinnes durch den erwähnten Aktien-umsatz nunmehr auch Einfluß erhalten habe. Dieser Umstand sei von um so größerer Bedeutung, als auch die tschechische Waffenfabrik Škoda in Pilsen unter dem Einfluß der Bosel-Weinmann stehe, während sie andererseits wieder mit der französischen Firma Schneider-Creuzot verbunden sei. Damit seien aber die Verrechnungsbeziehungen der Stinnes-Gruppe noch nicht zu Ende. Inlangst habe Stinnes durch einen Umtausch ober-schlesischer Anteile gegen Aktien der Alpinen Montan-Gesellschaft in dieser letzteren, deren Aktienmehrheit er seit längerer Zeit besitzt, eine Koks- und Kohlbasis geschaffen, wegen deren Fehlen die Gesellschaft bisher gezwungen war, einen Teil ihrer Hochöfen zu dämpfen. Schließlich bemähe sich Stinnes jetzt auch, ein drittes großes ober-schlesisches Unternehmen, die Oberschlesische Eisenbahndarbs-A.-G., zu seiner Macht zu bringen. Außerdem seien Vertreter Stinnes dabei, sich in großem Umfange des Kapitals solcher ausländischer Gesellschaften zu bemächtigen, die ober-schlesische Bodenschätze verwalten, aber dabei wegen ihrer vorgezogenen Rationalität den streifenden Bestimmungen des Verfallir Vertrages nicht unterliegen. Auf diese Weise würde die ober-schlesische Industrie durch verschiedene ungarische, tschechische, österreichische und andere Gesellschaften beherrscht, deren Kapital sich in den Händen von

Stinnes usw. befindet. Die Stinnes-Expansion beschränkte sich aber nicht einmal auf Oberschlesien, denn in der letzten Zeit habe er sein Ziel auch nach dem bedeutendsten polnischen Industriegebiet von Lodz ausgedehnt. Die Gefahr, die Polen von Seiten des Stinnes-Kongloms bedrohe, nötige die polnische Regierung, so bald als die Zuschrift, zu Gegenmaßnahmen. — In der nächsten Sitzung des Volkswirtschaftlichen Ausschusses des Minister-rats sollen Schritte erwogen werden, um der Inflation deutschen Kapitals, insbesondere des Kapitals der Stinnes-Gruppe, entgegenzutreten. Wahrscheinlich würden die Befugnisse der Regierung bezüglich der anonymen Gesellschaften in Polen auf gesetzlichem Wege erweitert werden.

① Schwere Krise in der ungarischen Schuhindustrie. Die ungarische Regierung hat zum Schutze der heimischen Industrie die Einfuhr von Leder und Ledernarren verboten. Diese Maßnahme wurde sowohl von den Lederfabriken als auch von den Schuhfabriken freudig begrüßt. Bald mußte jedoch die Schuhindustrie konstatieren, daß dieses Verbot bloß den in einem Kartell vereinigten Lederfabriken zugute kommt, da sie die Preise in die Höhe treiben und infolge ihrer Monopolstellung den Inlandsmarkt beherrschen. Infolge des Lederimportverbots sind die Preise in Ungarn ins Unermeßliche gestiegen, und ein großer Teil der Schuhfabriken mußte bereits vor einigen Wochen die Arbeit einstellen, und die andere sind jetzt im Begriffe, die Arbeiter zu entlassen. Es muß auch auf die Marktlage hingewiesen und konstatirt werden, daß dieser absolut keine Ware aufnehmen kann. Die Schuhfabriken weisen auf die Stärke der ungarischen Lederindustrie hin und fordern, daß eine Industrie, die isolirt ist, nicht durch Bölle geschädigt werde.

Die Metallindustrie Belgiens. Infolge der lebhaften Tätigkeit im Bauwerke ist der Geschäftsgang in den Eisen- und Schlossereien, sowie den Ofenfabriken ein guter. Man bezeichnet sogar Arbeitermangel auf diesen Gebieten. In den Holzfabriken hindert der Mangel an Rohmaterial und die geringe Kaufkraft der Abnehmer das Geschäft. In Feilen-, Nagel- und Stiftenfabriken sind die Aufträge gering und die Preise niedrig. Sinegen melden die Waffenfabriken ziemlich große Aufträge, es fehlt bereits an Facharbeitern. Infolge dieser Verhältnisse haben die Industriellen Ausnahmegewilligungen des Achtungsgesetzes verlangt. Die Arbeiter der Glashäfen haben ferner die seit langem verlangte Lohnerhöhung zugewilligt erhalten.

Geldwesen.

Die neue deutsche Goldanleihe. Wie die „Zeit“ mittheilt, wird die neue Goldanleihe des Reiches Anfang August in einer ersten Rate in Höhe von 25 Millionen Goldmark zur Zeichnung aufgelegt werden. Der Zeichnungskurs beträgt 95 Prozent, die Verzinsung 5 Prozent.

Der Niedergang der deutschen Mark. Die Reichsbank hat am 23. Juni ihre Taktik, die Berliner Dollarkurs mit künstlichen Mitteln niedriger zu halten als die New Yorker Parität des Markkurses, böslich aufgegeben und damit in ihrer neuen Stützungsaktion auch nach außen hin Schiffbruch erlitten. Der Dollar notierte an der Kontags-Börse 350 000, nachdem er an zwei Börsentagen die Differenz gegenüber New York mit über 100 000 Punkten überscholl hatte. Die Aussichten für die nächste Zeit verbunkeln sich dabei immer mehr. Nach den Berechnungen der Finanzfachleute wird der New Yorker Markkurs nach dem Schwünge jedes wirtschaftlichen Notstades nur mehr nach der Verhältnisszahl berechnet, in der der deutsche Notenumlauf zur vorhandenen Golddeckung steht. Aus dem heute veröffentlichten Ausweis der Reichsbank über die letzte Woche sind nun wieder katastrophale Biffern bekannt geworden. An neuem Papiergeld wurden wiederum über fünf Billionen Mark herausgebracht, wodurch der Notenumlauf auf 25½ Billionen gestiegen ist. Gingen bei der letzten Ausgabe der Reichsbank neuerdings vermindert. In der letzten Zeit sind 30 Millionen in Gold nach New York geschickt worden, 20 Millionen sind in London aus dem dort lagernden Depot der Reichsbank bei der Bank von England verkauft worden. Von der Goldmillarde, die bis zum Frühjahr in den Berliner Gewölben der Reichsbank lag, ist heute nur wenig mehr als die Hälfte in Berlin übrig, während im Auslande noch 110 Millionen unbelastet vorhanden sind. Bei diesem schlechten Goldstande der Reichsbank ist zu erwarten, daß sie dem Plan einer wertbeständigen Anleihe, die das Reich erlassen soll, ablehnend gegenüberstehen wird. Die Besprechungen über eine Goldanleihe, die die Regierung gegen Einzahlung von Papiergeld ausgeben soll, um dem deutschen Publikum endlich wieder die Möglichkeit zu gewähren, sein Geld werthbeständig zu erhalten, ohne zu Spekulationen greifen zu müssen, haben am Dienstag im Reichsfinanzministerium begonnen und werden in den nächsten Tagen weitergeführt werden.

Verhältnisse Albaniens. D

Arzneimittel in Albanien sind ziemlich entwickelt. Es ist jedoch noch immer die Goldwährung in Geltung. Obwohl in Albanien weder irgend eine staatliche Notenbank oder sonstiges Bankunternehmen existiert, kauft der Goldfrank. Außer dem allgemein umlaufenden italienischen Lire werden griechische Banknoten und Gold- und Silbermünzen, sowie die Währungen der südeuropäischen Staaten entgegengenommen. In Tirana, der Hauptstadt Albanien, sind jedoch bloß Metallmünzen im Geschäftverkehr und das beliebteste Zahlungsmittel sind die alten österreichischen Silbertroden.

Von den Banken.

Δ Die Agramer Balkan-Bank in Zahlungs-schwierigkeiten. Die Balkan-Bank in Agram (Sugoslawien) ist in Zahlungs-schwierigkeiten geraten. Sie suchte einen Zahlungsausgleich zu erreichen. Da sich dieser als unmöglich erwies, suchte sie um einen Zwangsausgleich an. Wie verlautet, bietet sie 100 Prozent an, die durch die solidarische Haftung der Direktion und der Mitglieder sichergestellt werden sollen.

Von den Märkten.

Metalle, Abtheilungen der Kommission des Berliner Metall-
börsenverbandes (die Preise beziehen sich ab Lager in Deutschland):
Raffinadurband 99/99,3 % 230 000—240 000, Originalbutterweichblei
44 000—88 000, Originalbutterrohblei, Preis im freien Verkehr
05 000—110 000, Nemetel-Platzzink vom handelsüblicher Be-
schaffenheit 80 000—85 000, Banko-Zinn, Straits-Zinn, Australzinn,
im Verkäuferwahl 650 000—670 000, Süttzinn, mindestens 99 %
220 000—630 000, Reinnikel 98/99 % 420 000—440 000, Antimon
Regulus 84 000—88 000, Silberbarren (ca. 900 fein) 13 500 000 bis
4 500 000.

Subscriptionstermine.

10. August: Bank Sanbowa-Przemyslawy in Warschau S. A.
H. Em. 20 000 Stck. Damenaktien (in 2 Serien zu 10 000 M.)
Eine Aktie von jeder Serie für eine Aktie der I. Em. zum Emissions-
preis von 11 000 M. Partiz. an den Gewinnen vom 15. August 1923.

15. August: Polsto-Amerykaniski Bank Ludowa S. A.
in Krakau (400 000 Stck zu 500 M. nom.) Eine neue für 2 alte
zum Emissionspreis von 1000 Mark. Gewinnbeteiligung vom
Januar 1923.

18. August: Polski Syndykat Rolniczy S. A. (IV. Em.
4 000 Stück — 60 b. S. namentl. und 40 v. S. Borzeig,
zu 200 M. Nominalwert). Zwei neue für eine alte zu 6500 M. für
Namenaktie und 7000 M. für 1 Borzeigeraktie. Partizipieren an
den Gewinnen vom 1. Juni 1923.

Verantwortlich für Politik: Dr. Martin Meißner; für Stadt und Land: i. B. Robert Ehrig; für Handel und Wirtschaft und den übrigen unpolitischen Teil: Robert Ehrig; für das Angelegenheit: i. B. B. Sittler. — Druck und Verlag des Verlagsanstalt: Sittler und Verlagsanstalt: T. A. Sittler in Berlin.

Der FIAT-Wagen

in Neukonstruktion ist anerkannt
das billigste und beste
Auto der Gegenwart!

Sofort lieferbar in
allen Typen durch:

Brzeskiauto T. A.
Poznań, Skarbowa 20.
Tel. 34-17 — 41-21.

1 Stock-Motorpflug, gebraucht,
arbeitsfähig, mit vielen Ersatzteilen,
1 Höhentransporteur von
Obereßendorf, mit eingeb. Benz-Motor, so gut wie neu,
1 Lang-Strohpresse für Motor-
maschinen, so gut wie neu,
Bentli-Ein- und Zweifachpflüge,
Sederzinten-Kultivatoren, Eggen, Walzen usw.
empfiehlt die
Maschinen-Abteilung
der **Landwirtschaftl. Hauptgesellschaft**
Tow. z ogr. por.
Poznań ul. Wjazdowa 3.

Verkaufe

1 Stock-Motorpflug

mit allem Zubehör.
Vorführung jederzeit.

Offerten unter 8317 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Neu erschienen u. sofort lieferbar:
Schütze, das Posener Land
(Warthe- und Netzegebiet)

I. Teil: Lage, Aufbau und Entstehung.
Preis M. 21 000.—

Nach auswärts unter „Einschreiben“
M. 13 500.— gegen Vorweisung des
Betrages auf P. K. O. 200 283 franko.

Zu beziehen durch die
Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A., Poznań
(Abteil. Versandbuchhandlg.), Zwierzyniecka 6.

Verkaufe im ganzen, auch in
kleinen Posten

200 Hl. Rheinwein 17er u. a.,
150 Hl. Moselwein 11er u. a.,
200 Hl. franz. Bordeaux,
500 Hl. deutschen Rotwein, Dürk. 17er.
Schostag, Wągrowiec.

Wassermühle
nebst einigen Morgen Land
zu kaufen gesucht. Offert.
unt. 8253 an die Geschäfts-
stelle dieses Blattes erbeten.

Uhren,
Gold- u. Silberuhren
kauft
Georg Prietzel,
Swarzędz, Dworcowa 6.
Karte genügt.

Wir kaufen
u. zahlen die höchsten Preise f.
Jagdgewehre, 18273
photogr. Apparate,
Mikroskope, Feld-
u. Prismengläser.
Okazja, interes,
Poznań, ul. Wrocławska 20.

Altpapier
kontrollierter, Geschäftsbücher,
alte Briefschaften, Kopierbücher,
alte Zeitungen etc. kauft zu
hohen Preisen jedes Quantum
W. Chrzanowski,
Poznań, Stary Rynek 9111.
(Alter Markt).

Grauen Haaren
gibt die Naturfarbe
unter Garantie wieder
„Axela“
Haar-Regenerator
Flasche 20 000 M. bei
J. Gadebusch,
Poznań, Nowa ul.
od. Axela G. m. b. H.
Berlin SW Friseurstr. 24
Ecke Arndtstr. Drogerie

Ca. 15 Mutterhaje u.
1 prima Merino-Schafbock
verkauft Bischoff sen.,
Sębianów, v. Szamotuły.

Jagdhunde,
2 Kurz-, 2 Draht-,
4 Monate alt, Eltern beider-
rassig, gibt ab
Förster Gramowski,
Gołaznia, v. Szamotuły,
pow. Wągrowiec.

Jagdhund,
br. Kurz. Hund, 18 Woch.
alt. Vater Kurz-, Mutter
Gordonsetter m. Stammbaum
verkauft Dwór Siedlec,
poczta Pępowa.

Suchen Reisende

für gutgehende Bedarfsartikel der Möbelbranche.

Referenzen sowie Angebote mit Bezirksvorschlägen unter
W. H. 1923 an **Annoncen-Expedition T. A.**
„Reklama Polska“, Poznań, Aleje Marcinkowskiego 6.

Für mein in der Provinz gelegenes Getreidegeschäft suche
tüchtigen polnischen Teilhaber
mit mindestens 150 Millionen. Kontore, Stadt- und Bahnh.
vorh. Off. erb. unt. A. M. 8318 a. d. Geschäftsstelle d. Bl.

Gesucht ein

Chemiker als Leiter

einer Fabrik zur Gewinnung von Teer, Terpentin und
Holzkohle nach der Gegend von Radom. Gehalt nach
Uebereinkommen nebst Wohnung und voller Pension. Off.
unter 8320 a. d. Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Jüngerer Chemiker

per sofort gesucht von größerem Industrie-
unternehmen in Polnisch-Oberschlesien. Poln.
Sprachkenntnisse erwünscht.

Offerten mit Lebenslauf, Lichtbild u. Zeugnisabschriften
unter 8306 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Suche evtl. für bald

Beamten
einen evangel.,
verheirateten

mit erstklassigen Empfehlungen aus bewährten Verwaltungen,
der unter Leitung des Prinzipals selbständig intensive **Ruben-**
u. Zuckerrübenwirtschaft zu führen hat. Der Beamt. ist
zu befähigen. Gute polnische Sprachkenntnisse erforderlich.
Ankunft über Staatsangehörigkeit, Gehaltsforderung u. d. d. d.

Dietsch, Chrostowo p. Popówko, pow. Szamotuły.

Suche zum 1. Oktober, auch früher, einen **geb. energischen**

Beamten
für 2000 Mgr.,
der befähigt ist,
nach allgemeinen
Angaben selbständig
zu verwalten.

Offerten u. 8305 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

3 ältere, tüchtige Stellmacher,

die Aufschwagentasten anfertigen können,
sowie einen **Feuerschmied**, der Aufschwagentasten
abfassen kann, sauber beschlag. kann.

Wagenfabrik J. Martin, Gniezno (Gnesen).

Großer landlicher Lehrbetrieb sucht für sofort ev.,
energische, tüchtige, gebildete

Hausdame
oder **Hausbeamtin.**

Alter 25—40 Jahre. Angebote mit beglaubigten Zeugnis-
abschriften, Lebenslauf, Gehaltsansprüchen, Referenzen und
Lichtbild unter **J. D. 8300** an die Geschäftsstelle d. Blattes.

Teilhaber

mit größerem Kapital
zwecks Vergrößerung
einer Zuckerrübenfabrik

• gesucht. •
Angebote u. 8297 an die
Geschäftsstelle d. Bl.

Cleven-

Welle gesucht f. e. Sohn a. geb.
Hr., mögl. u. Chef selbst m. v.
Bau-Anschl. Ang. erb. unt.
8318 a. d. Gesch. d. Bl.

Stenotypistin

für Deutsch und Polnisch b.
Gutsverwaltung gesucht.
Offerten unter 8302 an
die Geschäftsstelle d. Bl.

Junges Fräulein f. Auf-
nahme in einem Gutshaus
zwecks Erlernung
des Haushalts,

ohne gegenwärtige Vergütung.
Gef. Off. u. 8284 a. d. G.
schäftsst. d. Bl. erbeten.

Ausgabestellen des „Posener Tageblatts“.

Innere Stadt:

Ulica Wjazdowa (Am Berl. Tor) 8: **Eugl. Vereinsbuchdrg.**
Plac Św. Krzyski (Petriplatz) 8: **Kwasniewski.**
Ulica Strzelecka (Schützenstr.) 28: **Hoffmann.**
Waly Jagiello (Karmeliterwall) 2a: **Baerwald.**
Rybaki (Fischer) 10: **Karpinski.**
Plac Sapieżyński (Sapiehplatz) 7: **Wentowski.**
Św. Wojciech (St. Walb. Str.) 2: **Czarny.**
Ulica Wodna (Wasserstr.) 5: **Mante.**
Ulica Wielka (Breite Straße) 28: **Wojciszyn.**
Wolnica (Wronker Platz) 4/5: **Podolski.**
Stary Rynek (Alter Markt) 45: **Goldenberg.**
Ulica Mokra (Nasse Gasse) 1: **Joepfer.**
Św. Marcin (St. Martinstr.) 33: **Hoffmann.**
Św. Marcin (St. Martinstr.) 44: **Gumior.**
Św. Marcin (St. Martinstr.) 60: **Karl Hoffmann.**
Ulica Sew. Mielżyńskiego (Wiktoriastr.) 22: **Rymarcowicz.**
Plac Nowomiejski (Königsplatz) 9: **Malachowski.**
Ulica Działynski (Raumannstr.) 1: **Gilewski.**
Ulica Działynski (Raumannstr.) 6/7: **Szeląg.**
Aleje Marcinkowskiego (Wilhelmstr.) 25: **Gembert.**
Wielkie Garbary (Gr. Gerberstr.) 34: **Anders.**
Małe Garbary (Kl. Gerberstr.) 8: **Maczowski.**
Chwaliszewo (Wallische) 9: **Wuajch.**
Chwaliszewo (Wallische) 73: **Winkler.**

Serjib:

Ulica Grunwaldzka (Aug.-Vikt.-Str.) 25: **J. Dymel.**
Ulica Jezycka (Zeilger Str.) 41: **Kaczor.**
Ulica Dąbrowskiego (Gr. Berl. Str.) 11: **Olusjewski.**
Ulica Kraszewskiego (Hedwigstr.) 9a: **Baensch.**
Ulica Szamarzewskiego (Rath.-Wdh.-Str.) 24: **Jeży An-**
toni Duber früher Müller.
Ulica Szamarzewskiego (Rath.-Wdh.-Str.) 8: **Selzer.**
Ulica Szamarzewskiego (Rath.-Wdh.-Str.) 82: **Gronet.**

Zur Anschaffung empfehlen wir:
Posener Sprachführer
Polnisch-deutscher Wegweiser

enthaltend:
Straßen und Plätze — Die wichtigsten Behörden
und ihre Abteilungen — Eisenbahn — Elektr. Be-
triebsbahnen — Post — Gericht — Allerhand Auf-
schriften in öffentlichen Gebäuden — Aufschriften auf
Geschäftskarten — Spielkarte — Deutsches Register
usw.

Preis **Mt. 500.—**

nach auswärts mit Portozuschlag unter Nachnahme.

Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A.

Poznań, Zwierzyniecka 6

(fr. Tiergartenstraße).

Bilanzsichere Buchhalterin

für sofort gesucht.

Gef. Offert. unt. Nr. 8134 a. d. Geschäftsstelle d. Bl. erb.

Brennerei-Berwalter

sucht bis 1. 10. d. Js. Dauerstellung in gr. Guts- oder
mögl. Genossenschaftsbrennerei, evtl. auch als Betriebsleiter
in Rodenfabrik. Suchender ist Anfangs 40er Jahre, verh.,
kinderlos, hat Fach- u. landw. Schule besucht, ist mit schriftl.
Arbeiten, landw. Rodenfabrik, Elektrizität vertraut. Für
höchste Ausbeute garantiert. — Gef. Offerten bis 15. 8.
unter 8304 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Ulica Patrona Jackowskiego (Nollenborfstr.) 80: **Adamczak.**

Ulica Poznańska (Posener Str.) 52: **Kleczewski.**

St. Lazarus

Ulica Niegolewskiego (Augustastr.) 7: **Smigaj.**

Ulica Głogowska (Glogauer Str.) 76: **Adamczewski.**

Ulica Głogowska (Glogauer Str.) 101: **Schleg Nachf.**

Ulica Wyspiańskiego (Gardenerstr.) 5: **Blazewicz.**

Ulica Śniadeckich (Gerberstr.) 1: **Roman Jęgułski.**

Ulica Kanakowa (Kanakstr.) 4: **Olejnik.**

Ulica Maleckiego (Prinzenstr.) 24: **Płocini.**

Ulica Maleckiego (Prinzenstr.) 25: **Wojcisz.**

Ulica Maleckiego (Prinzenstr.) 7: **Walczy.**

Ulica Matejki (Neue Gartenstr.) 11: **Szajewski.**

Ulica Matejki (Neue Gartenstr.) 68: **Sedowowski.**

Ulica Kolejowa (Bahnstr.) 43: **Urbania.**

Rynek Św. Łazarza (Bazarstr.) 83: **Mosylewski.**

Ulica Graniczna (Grenzstr.) 18: **Rozyczka.**

Wilda:

Ulica Popłuski (Am Rosengarten) 5a: **Cewicki.**

Wierzbice (Wierzbice) 59: **Freund.**

Wierzbice (Wierzbice) 16: **Szajewski.**

Ulica Św. Czesława (Capribistr.) 14: **Bohl.**

Aus Stadt und Land.

Posen, den 28. Juli.

Das Wetter.

Als die große Hitze einsetzte, freute sich nicht nur der Städter, sondern ganz besonders der Landwirt. Denn nun war ja Hoffnung, die Ernte glücklich in die Scheuern zu bringen. Nach den Saatenstandsberichten hatten sich auch die Feldfrüchte sehr gut entwickelt, das Getreide zeigte reichlich Frucht an, und eine allgemeine Freude herrschte in allen Landwirtschaftskreisen. Nun wird doch Gelegenheit sein, die diesjährige Ernte noch gut und vollständig zu bergen, dachte jeder mit stiller Freude.

Doch der Wettergott hat uns in dieser Woche einen schlimmen Streich gespielt. Es setzte gleich zu Beginn der Woche eine ziemlich starke Abkühlung ein, während ab und zu sich auch wieder die Schleusen des Himmels öffneten, um Feuchtigkeit in genügender Menge auf uns herabzudrücken. Die ersten Tage wurde dieser Regen freundlich begrüßt, denn etwas Regen war nach der starken plötzlichen Hitze notwendig geworden. Aber es dauerte doch wieder ein bißchen zu lange, und gegenwärtig sieht es aus, als ob sich der Himmel die Aufgabe gestellt hätte, sich für eine längere Regenperiode einzurichten. Zwar wechselt Sonnenschein und Regen, ähnlich wie im April, wahrscheinlich um uns nicht die gute Laune zu verderben, um uns nicht alle Hoffnung zu nehmen.

In der Landwirtschaft hat die Ernte zum Teil schon begonnen, besonders der Roggen war schon in verschiedenen Kreisen geschnitten. Er stand jedoch noch auf dem Felde, um trocken zu werden, und da kam der Regen eigentlich am ungelegensten. Wird die Regenperiode noch anhalten, so besteht die Gefahr, daß der Roggen auswächst oder gar schwarz wird, und das wäre natürlich ein sehr harter Schlag für die Landwirtschaft, nicht zuletzt auch für die Städter, die dann unter der Teuerung, die selbstverständlich in erhöhtem Maße eintreten würde, besonders bitter zu leiden hätten. Hoffen wir, daß uns der Himmel in der kommenden Woche etwas gnädiger ist als er es in dieser Woche war. Von verschiedenen Wetterstationen wird ja eine Besserung des Wetters angekündigt.

Für Kartoffeln und Rüben war die Regenzeit ausgezeichnet. Eine günstige Gelegenheit konnte gar nicht sein. So zeigt sich auch hier wieder, daß der Stadtwirt zwei Ecken hat und daß man dem Landwirtgeschlecht nie etwas recht machen kann. Hoffentlich bringt uns die kommende Woche etwas mehr Zufriedenheit!

Ein jahrelanger Fall.

Der Gnesener „Rech“, auch ein Wiegler des „Kurier Poznanski“, ist in Gnesen selbst als Hehlhändler im Stil des „Kurier“ bekannt. Er bemüht sich eifrig, Haare aus der Brüste zu fischen und entdeckt ab und zu auch einmal „schreckliche Dinge“, die natürlich von den Deutschen verbrochen werden, und er glaubt mitunter ganz ernsthaft, daß das freie Polen in seinem Bestand ernstlich gefährdet sei. Bei jeder Gelegenheit plüßert sich der „Rech“ wie ein gereizter Gahn auf, um Eindruck zu schinden. Er wird auch manchmal gestreichelt, und das spornt ihn zu weiteren Taten an. So ist ihm etwas wieder aufgefallen und das äußert sich in folgenden lapidaren Sätzen:

„In der Gemeinde Bognowo wurde der deutsche Anführer Paul Stibbe, der der polnischen Sprache weder mündlich noch schriftlich genügend mächtig ist, zum Schulzen gewählt. Der bisherige Gemeindevorstand hat Vorlesungen usw. in deutscher Sprache (man denke!) verfaßt. Kann ein solcher Stand der Dinge im freien Polen weiter geduldet werden? Was sagen die Behörden dazu?“

Dem „Rech“ muß doch bekannt sein, daß das freie, tolerante Polen auch dem deutschen Staatsbürger Gelegenheit gab, Rechte und Pflichten zu haben. Wenn also ein deutscher Mann Schulze wird, so wird das wohl nur aus dem Grunde geschehen, weil er der geeignete in dem Dorfe war, sonst wäre er nämlich nicht gewählt worden. Wenn der Schulze nun an die deutschen Anwohner des Dorfes in deutscher Sprache schreibt, so ist das nicht nur sein Recht, sondern auch seine Pflicht, denn bekanntlich hat der Staatsbürger deutscher Zunge das Recht, Eingaben in deutscher Sprache zu machen und eine deutsche Antwort zu erhalten.

Die Behauptung jedoch, daß Herr Paul Stibbe kein Wort polnisch beherrscht, ist eine offensichtliche Lüge. Herr Stibbe beherrscht polnisch und deutsch. Er spricht beide Sprachen ausgezeichnet, und der „Rech“ hat keinen Grund, sich aufzuregen. In Zukunft sollte er sich jedoch erst erkundigen, bevor er solche „Nachrichten“ verbreitet.

Amerikanisches Copyright 1922 by Vit. Bur. M. Linde, Dresden-21.

Der sterbende Wald.

Roman von Heinz Alfred v. Byern.

(31. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Wie im Fluge waren die beiden Jahre vergangen, und als ich nun die Universität in Leipzig bezog, empfand ich den Gegensatz zwischen Land und Großstadt doppelt schmerzhaft. Aber ich kam nicht dazu, Vergleiche anzustellen, zwei Semester sind kurz, und da ein moderner Landwirt auch ein halber Chemiker und Maschinenbauer und ein ganzer Kaufmann sein muß, hatte ich vollauf zu tun, um die Zeit zu nützen. Zwei- oder dreimal bin ich ins Theater gekommen, habe ein paar Gewandhauskonzerte gehört und — notgedrungen — einen Festkommers besucht, aber wenn ich sonst einmal einen freien Tag hatte, dann zog es mich mit unwiderstehlicher Gewalt hinaus aufs Land, in die stillen, ernsten Forsten, und manche Stunde hatte ich in der Forst, im Scheibenhof, und in der Linde verträumt, obwohl das eigentlich mehr Parkanlagen als wirkliche Wälder waren.

So lehrte ich nach Rhena zurück, um hier noch ein paar Wochen zu verleben und dann — auf Wunsch meiner Eltern — eine Weltreise, die mich über England nach Amerika, Japan, China, Indien, der Türkei, Afrika und auf der Rückreise nach Spanien, Italien und Frankreich führen sollte, anzutreten. Ein bis anderthalb Jahre sollte ich der Heimat fernbleiben, und schon hatte ich einen Koffer mit dem Norddeutschen Lloyd belegt, als die ersten beunruhigenden Gerüchte über den möglichen Ausbruch eines Krieges mit Rußland auftauchten. Und gerade an dem Tage, an welchem mein Dampfer nach Southampton abgehen sollte, brach der Weltkrieg los. Wenn ich heute an diese erste Zeit der Mobilmachung und die folgenden Wochen zurückdenke, dann verschwimmt mir alles zu einem undeutlichen, kaleidoskopartigen Bild, so, als wenn ich die sich jagenden, überstürzenden Ereignisse unter einer falschen Perspektive, durch ein ungenau eingestelltes Fernglas sehe.

Minka an Nera.

Die Posener Hundesperre ist, wie schon gestern mitgeteilt wurde, um drei Monate verlängert worden — bis einschl. 26. Oktober d. J. —, und das hat Minka Anlaß zur Beantwortung des Freudenruffes ihres getreuen Nera gegeben, die wir nachstehend in der Abschrift veröffentlichen:

Geliebter Nera!

„Man soll den Tag nicht vor dem Abend loben“ — dieses bekannte Sprichwort der Menschen bewahrheitete sich jetzt wieder einmal in aller Deutlichkeit. Schon hatte ich mich am Mittwochabend daran gemacht, Deiner Aufforderung zu einem Stellchein mit Dir Folge zu geben, als mein Pfui mit der Hubschrauber nach Hause kam, wie er soeben geschäftswise auf der Straßenbahn erfahren habe, die Hundesperre nochmals um drei Monate verlängert worden, da ein neuer Hundestollwutfall in der Stadt vorgekommen sei. Die Anordnung der verlängerten Hundesperre werde in den polnischen Blättern bekanntgegeben werden. Du kannst Dir denken, wie tief mich diese Mitteilung erschütterte, die mich aus allen Himmeln rief, in die mich Deine so lieben Beinen verlegt hatten. Zugleich aber fragte ich mich, warum die Anordnung der verlängerten Hundesperre nur in den polnischen Blättern bekanntgegeben werden sollte, während die deutschen Blätter davon zunächst nichts erfuhren. In meinem dummen Baumanverstand sagte ich mir, daß eine so tief einschneidende Maßnahme, von der wir armen Blaffbläse ohne Unterschied der Nationalität betroffen werden, nun auch in allen Blättern, polnischen wie deutschen, recht- und gleichzeitig veröffentlicht werden müßte, um der Weiterverbreitung der Tollwut vorzubeugen. Meines brennenden Verlangens, ich dann weiter die geistreiche Anordnung meines Pfuis an meine Wanda, daß sie mich für weitere drei Monate ja nicht unbeführt und ohne Leine auf die Straße lassen sollte. Da hatten wir die Versicherung! Durch das Stellchein, auf das ich mich ebenso wie Du gefreut hatte, hatte der neue Pfui einen dicken Strich gemacht. Zimmer wieder fragte ich mich in meinem begreiflichen Schmerze, wie Du wohl die Verlängerung der Sperre ertragen würdest. Ich selbst war wie vom Schlage getroffen, und aus Empörung über die Neuordnung der Zwangsmaßnahme habe ich zunächst einmal einen wunderbaren Kalbsknochen, den mir die Wanda in meinen Hundnapf gelegt hatte, mit stillschweigender Verachtung gestrichelt. Und als es abends zu dem berühmten Rundgang um das Gärtchen an der Leine ging, habe ich darauf die Ohren hängen lassen, daß es sogar der Soldaten Kackmaier erlaubte, der uns des Abends immer auf unserem Rundgange begegnet und uns beide, die Wanda und mich, Deine Minka, zu unserer Schutze und zu unserer Sicherheit auf den finsternen Straßen begleitet. Du brauchst aber ganz gewiß nicht eifersüchtig zu sein, denn ich weiß es bestimmt, daß er bei seinen allabendlichen Umherstreifereien nicht mich, sondern die Wanda meint. Wenn er auch stets freundlich auf mich eintreibt, so bin ich doch nicht, um nicht zu wissen, daß er damit eigentlich die Wanda im Sinne hat. Er bereite mich also für einige Minuten von der Leine, hielt dabei aber die Wanda um so fester umschlungen, vermutlich damit sie nicht von einem anderen Soldaten, als ihm selber, geblieben würde. Merkwürdig, ich habe nun schon so oft gesehen, daß der Kackmaier die Wanda geblieben hat, habe aber noch niemals etwas von einem gegen dieses Verfehlen schenkenden Verbot gehört. Nun vielleicht kommen auch für uns einmal bessere Zeiten, in denen man nicht mehr sieben Monate hintereinander den strengsten Zwangsmaßnahmen unterworfen ist. „Est solamen miseris, socios habuisse malorum.“ In der guten Stadt Bromberg haben unsere Brüder und Schwestern ja auch erst vor kurzem eine sechsmonatige Hundesperre durchgemacht. So wollen denn auch wir beide mit Gleichmut tragen, was uns das Schicksal auferlegt hat. Denke daran, daß nach der langen Trennung die Wiedersehensfreude am 26. Oktober um so größer sein wird (falls nicht die Hundesperre dann nochmals verlängert oder gar in Permanenz erklärt wird).

Leb wohl! In unwandelbarer Treue

P. S. Entschuldige die schlechte Schrift, aber die Augen wollten mir beim Schreiben übergehen.
Für die richtige Abschrift. Die Schriftl. des „Pos. Tagebl.“

Die diesjährige Tagung der Kreisynode Bromberg II fand am Mittwoch im hiesigen Gemeindehaus unter dem Vorsitz des Superintendenten A. B. M. statt. Nach ihrer feierlichen Eröffnung und nach der Feststellung der Beschlussfähigkeit wurden die Wahlen für die Landesynode vollzogen. Gewählt wurden als Vertreter des Kirchentages Pfarrer Nebenhäuser-Rehwalde, Rentier Bühlke-Dopfgarten und Pfarrer Mudrak-Dopfgarten. Sodann folgte der ausführliche, an festlichen Einzelzügen reiche, das kirchliche Leben behandelnde Ephoralbericht des Superintendenten, an den sich eine lebhafte Besprechung über die behandelten Fragen schloß. Darauf wurde die Beteiligung des Kirchentages an dem kirchlichen Hilfsdienst behandelt und beschlossen, die Kirchengemeinden sowohl zur Unterstützung der Bromberger kirchlichen Anstalten (Kinderheim, Stettenhaus), wie zur Förderung des kirchlichen Hilfsdienstes aufzurufen. Die Abnahme der Rechnung für 1922, die Festsetzung

des Haushaltsplanes für 1923 und eine Besprechung über Verwendung der vorhandenen Mittel zur Siedepflege wurden ohne wesentliche Hindernisse erledigt. Nach 4½stündiger Dauer schloß der Superintendent die Tagung mit dem Segen.

Für Reisende nach Danzig. Das Pressebureau des Danziger Senats teilt mit: Alle in Danzig ankommenden Ausländer sind von jetzt ab von der Pflicht, sich bei der Polizei persönlich zu melden, befreit, vielmehr ist nur eine schriftliche Anmeldung in dem betreffenden Polizeibureau innerhalb 24 Stunden notwendig. Diesem Anmeldebüro muß der Paß oder Personalausweis beigelegt sein, der dem Reisenden unverzüglich zurückerstattet wird.

Neue Fensterungen in der Schule. Das polnische Kultusministerium hat der „Gaz. Warsz.“ zufolge verfügt, daß in den polnischen Schulen in Zukunft nicht mehr wie bisher die Leistungen durch Zahlen von 5 bis 1 genotiert werden, sondern daß folgende Prädikate zur Anwendung kommen sollen: Sehr gut, gut, genügend, ungenügend und schlecht.

Dirschau, 24. Juli. Die hiesige Schneiderinnung hielt gestern ihre Jahresversammlung in der Sala Pomorska ab, bei welcher u. a. auch der Vorstand neu gewählt wurde. Als Obermeister wurde der Schneidermeister J. Karlikowski, als Stellvertreter Schneidermeister A. Krause und als Schriftführer der Schneidermeister Januszewski gewählt. Es wurden auch die Preise der Teuerung entsprechend erhöht. — Auf dem hiesigen Güterbahnhof Liebenhoff sind zwei Lokomotiven zusammengestoßen. Außer Materialschaden sind Menschen nicht zu Schaden gekommen. — Seit gestern kostet ein Brot 11 800 Mark, ebenso wurde der Milchpreis um 200 Mark das Liter erhöht; ein Liter Milch kostet demnach 1800 Mark. — Von der Telefonleitung Dirschau-Belzin wurden mehrere hundert Meter Kupferdraht herausgeschnitten. Von den Tatern fehlt bis jetzt jede Spur. — Einem Besucher in Turje sind in der Nacht mehrere Kleidungsstücke aus seiner Wohnung gestohlen worden. Im Verdacht, den Diebstahl ausgeführt zu haben, steht der Arbeiter Jan Korczewski. — Mehrere junge Burischen machten eine kleine Spritztour nach Mülhbach und lehrten bei dem dortigen Gastwirt Dulski ein. Es dauerte nicht lange, so waren sie in feucht-fröhlicher Stimmung. Der Wirt bemerkte zu seinem Schrecken, daß ihm die jungen Burischen den Kirschkranz ausgeräumt hatten. Die Polizei nahm sich aus diesem Grunde sofort der jungen Burischen an und brachte sie in Gewahrsam. — Die 1½jährige Tochter des Eigentümers Hof aus Solmitz ist in einem unbewachten Augenblick in die Weichsel gefallen und ertrunken. Die Leiche konnte noch nicht geborgen werden. — Wegen Glücksfalls im Kartesaal 4. Klasse wurden mehrere Personen, aus Dirschau stammend, verhaftet. — Im Jahre 1920 verübte ein gewisser Hein aus Mewe mehrere Unterschlagungen und flüchtete. Er dachte, die Sache wäre schon in Vergessenheit geraten, und wollte nach Mewe zurückkehren. Hier wurde er jedoch verhaftet und dem Gericht zugeführt. — Ein Eittischverbrechen versuchte an einem kleinen Mädchen von sechs Jahren ein Eisenbahner aus Dirschau, namens Regulski zu verüben. Regulski lockte das Kind in die Kiezgrube am Kanonenweg und wollte hier sein Vorhaben ausführen. Passanten und Kinder entdeckten den Witzling und brachten die Sache zur Anzeige, worauf sofort seine Verhaftung erfolgte.

Aus Polnisch-Schlesien.

Königshütte, 26. Juli. Hier fanden Verhandlungen zwischen der Arbeitgebervereinigung der Kommunen der Wojewodschaft Ost-Oberschlesien und den Vertretern der Gewerkschaften statt. Es wurde vereinbart, daß die Kommunalarbeiter eine Lohnerhöhung von 40 v. H. ab 1.8. erhalten. Bei diesen Lohnverhandlungen kam es zu einem scharfen politischen Zwischenfall. Während der ersten Sitzung der Arbeitgebervereinigung der Kommunen, Bürgermeister Wadernann-Schwientochowitz, die Verhandlungen immer in deutscher Sprache leitete, weil er davon ausging, daß alle Beteiligten die deutsche Sprache sprechen und verstehen, nicht aber alle die polnische. Da der Leiter der heutigen Verhandlungen, Bürgermeister Dombek-Königshütte, in gleicher Weise verfahren wollte, verlangte der neue Bürgermeister von Zaurahütte, der an den Verhandlungen teilnahm, daß nur in polnischer Sprache verhandelt werden solle. Diesem Wunsch wurde auch Folge gegeben. Als dann der Vertreter des Deutschen (freien) Transportarbeiterverbandes, der die Interessen der kommunalen Arbeiter wahrnahm, seine Ausführungen in deutscher Sprache machte, kam es zu heftigen Ausfällen des neuen Bürgermeisters von Zaurahütte, der in polnischer Sprache u. a. sagte, daß der deutsche Gewerkschaftsvertreter offenbar nur deutsche Interessen wahrnehme, daß er sicherlich nicht die Interessen des polnischen Staates vertrete, wenn er sich der deutschen Sprache bediene und daß der deutsche Gewerkschaftsvertreter gut tun würde, wenn er sich nach Deutschland begäbe (!) Diese Forderung nahm solchen Umfang an, daß selbst ein Vertreter der polnischen Organisation Einspruch erhob mit den Worten: daß man hier nur Lohnverhandlungen zu führen habe, die politische Propaganda aber abzulehnen sei.

würde: Wochen, — Monate — Jahre, dann habe ich oft den ärmsten meiner Tagelöhner beneidet.

Hätte ich einen Menschen gehabt, gegen den ich mich aussprechen konnte, der teilnahm und sich ehrlich Mühe gab, mich zu verstehen, ich würde über diesen krankhaften Zustand — denn eine Gemütskrankheit war es zweifellos — leichter hinweggekommen sein. Aber Freunde oder nähere Verwandte besaß ich nicht, und der alte Inspektor Höppler, die beiden Förster Wieprecht und Suchardt, die mich schon als Jungen gekannt und in die Geheimnisse des Weidwerks eingeführt hatten, meinten es zwar ehrlich gut auf ihre Weise, doch schon ihre Stellung zu mir, dem Gutsherrn, schloß eine weitergehende Vertraulichkeit aus.

Hasso blickte auf und sah Marianne lächelnd in die Augen: „Da wollte es der Zufall, daß wir uns trafen, Gräfin, daß ich in Ihnen ein liebes, verstehendes Menschenkind fand, das mit allen meinen Schrällern und Eigenheiten nachsichtig hat, und eben jetzt wieder meiner recht uninteressanten Beichte mit rührender Geduld zugehört. Sehen Sie, seit jenem Morgen an der Grenzwiese hat mein Leben erst wieder Wert und Inhalt, seit Sie mir das Wort eines der Größten, den die Erde trug, zuriefen: „Wer immer sterbend sich bemüht, den können wir erlösen!“ Wie neugestaltet ist mir seitdem das Dasein, ich freue mich an dem goldenen Sonnenlicht, dem Rauschen des Windes, dem Blau des Himmels, an jedem kleinen Gottesgeschöpf, jedem Blatt, jeder Blüte, und wenn doch einmal trübe Stunden kommen, wenn ich alter Mögler mit mir selbst, mit Gott und der Welt unzufrieden bin, dann brauche ich nur an Sie zu denken an —“, er brach jäh ab und zog aus seiner Joppendtasche ein beschriebenes Blatt: „Als ich gestern abend heimkehrte, so froh und glücklich, so voll reiner, dankbarer Freude am bloßen Dasein, da habe ich noch lange, lange nachgedacht und geschrieben — zum erstenmal seit Jahren wieder — ein — ein Gedicht,“ er wurde rot wie ein Schuljunge, der einen Tadel befürchtet, „wollen Sie es hören?“

(Fortsetzung folgt.)

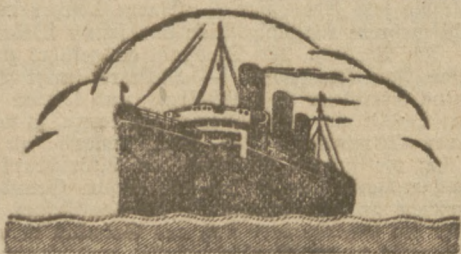
Ich habe den Vormarsch nach Belgien mitgemacht, wurde durch einen Oberkehlenschuß bei Namur verwundet, kam in ein Stappenlazarett und nach einem kurzen Heimaturlaub zu einem Reserve-Jägerbataillon nach dem Osten. Von hier aus ging ich in die Vogesen, von dort nach dem Strij, nach Rumänien und schließlich nach dem italienischen Kriegsschauplatz, bis wir im Juli 1918 wieder in den flandrischen Grenzgebiet zurückbeordert wurden. Da haßte es mich zum zweiten Male, — ein Granatsplitter streifte die rechte Brustseite, brach mir zwei Rippen, und als ich aus einem Reserve-lazarett in Kassel nach fast zehnwöchiger Behandlung entlassen wurde, kam ich gerade zurecht, um den letzten Akt des gigantischen weltgeschichtlichen Dramas mitzuerleben.

Hasso hielt inne und strich sich mit der Hand über die Stirn: „Bei meiner Heimkehr ins Elternhaus — was für eine Heimkehr! — lag mein Vater bereits an Grippe fest; Sie werden es ja gehört haben, daß er nach nur fünfzigstägigem Krankenlager die Augen für immer schloß, und eine Woche später folgte ihm meine Mutter.“

Am Meberns Lippen zuckte es, und die Muskeln in seinem straffen, sonnenverbrannten Gesicht spielten. „Damals war ich drauf und dran, Rhena zu verkaufen, aber dann siegte doch das Pflichtgefühl, die Überzeugung, daß ich nicht berechtigt sei, einen alterverblenden Vetter, der seit über drei Jahrhunderten unserer Familie gehörte, nur um persönlichen Stimmungen und Verstimmungen willen aufzugeben. Und ich stürzte mich auf die Arbeit, schufte, nur um zu vergessen, bis zur völligen körperlichen Erschöpfung, bis zum Verfall der Muskeln und Nerven. Aber immer und immer wieder kamen Stunden, in denen mich Strudel und Zweifel plagten, denn ich fühlte ja, daß ich nur maschinenmäßig mein Tagespensum leistete, daß mir aus der ruhe- und rastlosen Tätigkeit keine innere Befriedigung erwuchs. Die Arbeit war mir ein Betäubungsmittel, ein Stimulans, so wie andere zum Alkohol oder Morphin greifen, aber die Tage schwand, einer wie der andere, in einförmiger, trostloser Wiederholung, nur wenn ich daran dachte, daß dies nun so weitergehen

Sanatorium Friedrichshöhe
Teleph. 26 **Obernigk** bei Breslau Teleph. 26
für innerlich Kranke, Nervenranke u. Erholungs-
bedürftige. Geistesranke ausgeschlossen.
Abteilung für Zucker- und Stoffwechselranke.
Chefarzt u. Besitzer: Dr. F. Köbisch, Nervenarzt.
Dr. med. Günther Espeut, Internist.
Prospekte!

Pharmac. Laboratorium „Osten“
Danzig, Hintergasse 18
Telephon 5248 Telegr.-Adr.: Arznei-Danzig
Fabrik chemisch-pharmaceutischer
Präparate.
Tierarzneimittel, Impfstoffe, Instrumente.
Bakteriologisch-serologische Untersuchungen
Generalvertretung von H. Hauptner, Berlin.



United American Lines

gibt Interessenten, die nach

Nord-Amerika

zu reisen beabsichtigen, bekannt, daß sie großartig
eingerrichtete Dampfer mit Kabinen
für 2-4-6 Personen für Passagiere III. Klasse
besitzt, die zweimal wöchentlich verkehren.

Zentrale für Polen:

Warszawa, ul. Bielańska Nr. 5.
Abteilung in Poznań, ul. Łazarska 2b.

Die Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt
T. A., Poznań, ul. Zwierzyniecka 6, Abteilg.:
Verband-Buchhandlung
liefert jetzt direkt an die Besteller folgende
neue Werke:

Stifter, Das Heidedorf.
Hauff, Die Sängerin.
Mörike, Mozart's Reise.
Eichendorff, Leben eines Taugenichts.
Storm, Die Söhne des Senators.
Goethe, Heidenröslein.
Eichendorff, Frühling und Liebe.
Uhland, Der Blumenstrauß.
v. Arnim, Die Schuld der Wissenschaft am Weltkriege.
Tiews, Heimatzauber. Allerhand vom Ostseestrand.
Tiews, Ein Stückchen Welt, wie ich es sah!
Cordier, Gottesdienst. Not im Lichte der Kirchen-
geschichte.
v. Hoerber, Der Feind im Land. Spiegelbilder aus
deutscher Schmach und Not.
Sombart, Der Bourgeois.
Heim, Accumulatoren für stationäre elektrische Anlagen.
Kohrbeck, Berechnung elektrischer Leitungen.
Klinger, Die Wohnungswarmwasserheizung.
Silbermann, Anleitung für die Ernährung d. Zucker-
ranken.
Lippert, Zur Psychologie des Jesuitenordens.

Erstklassiges Wein- u. Spirituosen-Versandhaus
NYKA & POSŁUSZNY

Telephon 1194 Poznań Wroclawska 33/34

Vereidigte Meßweinlieferanten

(vinum consecrabile)

fachmännische, gewissenhafte und
zufriedenstellende Bedienung.

Ausschneiden!

Ausschneiden!

Postbestellung.

An das Postamt

Unterzeichneter bestellt hiermit

1 Posener Tageblatt (Posener Warte)
für den Monat August 1923

Name

Wohnort

Postanstalt

Strasse

Kaufe
alle Herrenpelze,
alle Damenpelze,
alle Garderobe,
alles Gold,
alles Silber,
alle Taschenuhren,
alle Zahngebisse,
zahle für 1 Zahn
15 000 Mark
nach Untersuchung.
Kallmannsohn,
sw. Marcin 34.

Telephon
2207
2243

Schafmölle

gemaschen und ungemaschen
kauft und zahlt die höchsten Preise:

Tom. Akc. „Runo“

Poznań, ul. Mickiewicza 33.

Telephon
2207
2243

[763]

Größtes Automobil-Spezial-Unternehmen in Westpolen. — Gegr. 1894.

FIAT (Torino) und OPEL
AUTOMOBILE

in weitbekannt erstklassiger Ausführung empfiehlt zu niedrigst kalkulierten Preisen.

„BRZESKIAUTO“ T. A., POZNAŃ,
ul. Skarbowa Nr. 20.

Telephon 34-17.

Ständiges Lager in Gelegenheitskäufen!

Telephon 41-21.

Fensterglas
in allen Sorten,
Glasertitt,
Glaserdiamanten,
Bilderleisten
liefert L. Zippert,
Gniezno.

Achtung!

Ein gut erhaltener

Herrenanzug

zu mäßigem Preise zu ver-
kaufen. Anbote unter Nr.
8238 an die Geschäftsst. d. Bl.



Górnosławskie

Przedsiębiorstwo Węglowe Poznań

Poznań, Wały Zygmunt Augusta 3

Tel. 1296, 3871

Telegr.-Adresse: Węglesławskie

empfiehlt in jeder gewünschten Menge
zu den billigsten Tagespreisen

**Kohlen, Koks, Briketts,
Torf, Brenn- u. Grubenholz.**

Wróblewski, Engler i Ska.
Landesprodukte

Telephon: 71-72

Bydgoszcz,

Sniadeckich 52a.

Filialen: Danzig, Jopengasse 27,

Królewska Huta, Jagiellońska 5,

Telephon: 834.

Telephon: 504.

An- und Verkauf sämtlicher Getreidearten, Kartoffeln, Sämereien.
Lieferung sämtlicher Düngemittel, Kohlen, Koks.

H. Braun, Poznań,

ul. Stawna 10a I p. — Tel. Teichstr. 10a I Tr.

empfiehlt konkurrenzlos billig

**Woll-, Ulster- und Baumwoll-
Stoffe**

[8255]

Oxford, Metkal.

Sehr wichtig für Schneider und Hausierer,
nur erstklassiges Fabrikat, durch direktes
Beziehen aus der Fabrik.

**Wäsche, Trikotagen, Kinder-Anzüge
Arbeits- und Sonntags-Hosen.**

Kein Personal! Verkaufte auch en gros! Reelle Bedienung!

Polster-Möbel

**Plüsch- und Gobelin-Sofas
Chaiselongues, Kollagematratzen.**

Spezialität:

Klub-Garnituren

empfiehlt

Polstermöbelfabrik M. Sprenger, Poznań

En gros. sw. Marcin 74. En détail.

Achtung! Hausbesitzer! Achtung!

Gänzlich vernichtete Zint- und Pappeächer reparieren wir
und decken sie neu mit Pappe zu sehr bequemen Bedingungen.
Auf Wunsch dienen wir kostenlos mit Kostenaufschlag.

Labicki & Müller,

Bauwerkerei, Installationsanstalt,
Poznań, plac Sapieżyński 10a.

Automobil,
vier bis sechsstufig, mit Vordrill und
Anlasser, nur sehr gut erhaltener
moderner Wagen.

zu kaufen gesucht.

Gilofferten unter K. 8159
an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

**Sommer-
Fahrpläne
1923**

für Großpolen u. Pommerellen,

nach amtlichen Quellen bearbeitet,

Format 8°

zum Preise von 10000 mkp.,

nach auswärts gegen Voreinsendung von

10 500 mkp. zu haben in der

Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A.

POZNAŃ, Zwierzyniecka 6

und in den Buchhandlungen.